Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, 13. April 1929
11. Jahrg. Nummer 85

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Tel. 560 [illegible]. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4065; Oppeln, [illegible] 11, Tel. [illegible]; Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—18 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. [illegible] m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, [illegible]

Eine halbe Milliarde mehr Steuern!

Heraus zum Kampf gegen die Massenausplünderung

Der Beschluß des Reichskabinetts, auf der Basis des Finanzabkommens der Koalitionsparteien weiter zu regieren, ist der Beginn verschärfter steuerlicher Massenbelastung für das Proletariat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sich in der Frage der Bewilligung der zweiten Rate des Panzerkreuzers noch einmal ein demagogisches Manöver erlaubt hat, stimmte diesen unerhörten Koalitionsvereinbarungen, die dem Besitz ein direktes Steuergeschenk in Höhe von 154 Millionen bringen, während die Massen noch schwerer belastet werden, zu. Nicht laut genug kann man daher alle Werktätigen in Stadt und Land aufrufen und ihnen klarmachen, was diese Vereinbarungen an neuer steuerlicher Massenbelastung für die proletarischen Verbraucherschichten bringt. Alle bisherigen Vermutungen werden noch bei weitem übertroffen. Alles in allem peitschen die Parteien der Großen Koalition und ihr sozialdemokratischer Finanzminister die direkten Massensteuern und die Verbraucherabgaben um

über eine halbe Milliarde höher als der Bürgerblock.

Da der Bürgerblock nicht umsonst dadurch berüchtigt war, weil er alle Massensteuern schon auf eine Rekordhöhe hochschraubte, so bedarf es keiner weiteren Worte mehr, um das Uebertrumpfen des Bürgerblocks durch den sozialdemokratischen Finanzminister zu kennzeichnen.

Nachstehend eine Zusammenstellung über die endgültige Erhöhung und höhere Einschätzung der direkten Massensteuern und der Verbrauchsabgaben:

Titel:	mehr als der Bürgerblock:
Ursprünglicher Vorschlag Hilferdings im Etatsentwurf auf Erhöhung bzw. höhere Einschätzung der Verbrauchsabgaben einschließlich Biersteuererhöhung	475 Millionen
Verzicht auf die weitere Erhöhung der Biersteuer minus	165 Millionen
bleiben	310 Millionen
Hinzu kommen nach den Vereinbarungen der Koalitionsparteien:	
Mehr aus der Lohnsteuer (das je zur Hälfte der Knappschafts- und der Invalidenversicherung zugeführt werden soll, und in beiden Fällen ein indirektes Geschenk an die Kapitalistenklasse bedeutet)	150 Millionen
Mehr aus der Postabgabe	35 Millionen
Mehr aus der Tabaksteuer	35 Millionen
insgesamt	530 Millionen.

Hierzu ist noch kurz zu bemerken, daß die 75 Millionen für Knappschaft einer Subvention an das Kohlensyndikat gleichkommt, das dadurch von einer Lohnerhöhung im Ruhrbergbau zum 1. Mai entlastet werden soll. Nicht weniger schamlos ist die Vereinbarung, wonach das Defizit der Invalidenversicherung aus den Taschen der Arbeiter gedeckt werden soll.

In Wirklichkeit werden sogar die Summen, die aus der Lohnsteuer und den Verbrauchsabgaben in die Reichskasse fließen, noch weit höher sein als der Absatz. Statt daraufhin die Steuern zum mindesten zu senken, da nicht damit zu rechnen ist, daß der Reichstag die kommunistischen Anträge auf Beseitigung aller Massensteuern annehmen wird, werden die Ueberschüsse dazu benutzt, um entweder direkt als Subvention dem Kapital zugeführt zu werden, oder auf Erhöhung der Besitzsteuern zu verzichten. Eine Uebersicht über die ersten elf Monate des Rechnungsjahres 1928 zeigt, daß nicht nur bei der Lohnsteuer mit einem Ueberschuß von rund 200 Millionen zu rechnen ist, sondern daß ebenso die Tabak-, Zucker- und Biersteuer weit mehr einbringen, als ursprünglich angenommen. Aus den drei letzten Steuern dürften schätzungsweise im Rechnungsjahr 1928, das am 31. März 1929 abgelaufen ist, allein 130 Millionen Mark mehr einkommen, während bei der Erbschaftssteuer und bei der Kapitalertragssteuer bereits [illegible] rund 90 Millionen zu rechnen ist.

Schließlich sei gegenüber dem demagogischen Täuschungsmanöver der SPD.-Presse noch kurz festgestellt, — wie aus obiger Statistik ersichtlich —, daß der unter dem Druck der Massen erfolgte Verzicht auf die besonders unpopuläre Erhöhung der Biersteuer, durch die neue Vereinbarung zuungunsten der Arbeiter bei weitem wettgemacht wurde, denn diese sehen noch 55 Millionen mehr vor, als Hilferding ursprünglich in seinem Etatsentwurf einsetzte.

Das ist also das Ergebnis des letzten Koalitionsschachers! Und die vorgespielte Komödie einer „Krise", die Panzerkreuzeraffäre, die damit endete, daß die SPD.-Minister entgegen allen Beschlüssen der sozialdemokratischen Arbeiter für die zweite Rate stimmen werden —, das alles diente nur zur Verschleierung dieser ungeheuerlichen Verschärfung der Massensteuern!

Massenkampf gegen Massenausplünderung!

Die Antwort der arbeitenden Massen auf diesen neuen Anschlag der Koalitionsdiktatur wird in der verstärkten proletarischen Gegenoffensive gegen die Verbrechen der Trustbourgeoisie und ihrer reformistischen Lakaien bestehen!

BAV.-Mitglieder rebellieren gegen den reformistischen Spaltungskurs

Mitgliedschaft geschlossen für Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen, für geschlossenen Maiaufmarsch hinter der Fahne der Revolution

Zaborze, 11. April.

Die Mitgliedschaft des BAV., Zahlstelle Zaborze-Dorf, nahm Stellung zu dem durch die Gewerkschaftsbürokratie erfolgten Ausschluß ihres Vorsitzenden, des Genossen Ligendza, aus dem BAV., und erhob schärfsten Protest gegen die reformistisch-spalterische Politik der Bürokratie, die die Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften mit Füßen tritt. Nach eingehender Aussprache und Kennzeichnung der reformistischen Ausschlußpolitik durch die Genossen Ligendza und Groß wurde folgende Protestentschließung angenommen:

„Die heute, am 7. April, tagende Zahlstellenversammlung von Zaborze-Dorf nahm Stellung zu den Ausschlüssen und erhebt gegen das schändliche und verbandsschädigende Vorgehen der Bezirksleitung schärfsten Protest. Gerade die Kameraden werden ausgeschlossen, die durch ihre Gewerkschaftsarbeit bewiesen haben, daß sie im Interesse des Verbandes wirkten. Die Zahlstelle ist unter der Leitung des Kameraden Ligendza an Mitgliedern wesentlich gewachsen. Durch den unbegründeten Ausschluß des Kameraden Ligendza muß die Zahlstelle zweifelsohne an Mitgliedern zurückgehen, und dieses Vorgehen der Bezirksleitung stellen wir als verbandsschädigend fest. Der angedrohte Ausschluß des Kameraden Gwosdz und anderer, die auf der oppositionellen Liste auf Luisengrube zur Betriebsratswahl kandidierten, bedeutet eine Verhöhnung der Mehrheit der Bergarbeiterschaft. Die Gewerkschaftssekretäre Grzimotz und Krzymek versuchten bewußt, die Einheit des Verbandes zu splittern. Es ist ihnen dies nicht gelungen. Der Beweis ist bei den Wahlen erbracht worden, und zwar dadurch, daß die Opposition die überwiegende Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigte, wodurch erreicht wurde, daß die Werksgemeinschaft zwei Betriebsräte verlor.

Die Kameraden der Zahlstelle erblicken in dem Vorgehen der Bezirksleitung eine maßlose Sabotage am Aufstieg des Verbandes. Es ist ihnen damit verständlich gemacht worden, daß den Gewerkschaftsangestellten nichts an einem starken Verband zum erfolgreichen Kampf im Interesse der Bergarbeiter gelegen ist.

Dem 1. Vorsitzenden, Kameraden Ligendza, spricht die Versammlung für seine Tätigkeit das vollste Vertrauen aus. Die Bezirksleitung wird aufgefordert, den alten Zahlstellenvorstand zu belassen und gegen den Hauptkassierer Duscha wegen seinem Vorgehen das Ausschlußverfahren einzuleiten. Erst wenn alle korrupten und unehrlichen Elemente aus dem Verbande ausgeschlossen sein werden, wird der Verband wachsen und sich zu einer Kampforganisation entwickeln."

Auch die Zahlstelle Biskupitz gegen die Spalter

Ein sozialdemokratischer Arbeiter bringt Protestentschließung ein.

In der am Sonntag, dem 7. April, stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Biskupitz des BAV. brachte ein sozialdemokratischer Arbeiter eine Protestentschließung gegen den Ausschluß des Genossen Ligendza ein. In der Resolution wird die Ausschlußpraxis der Reformisten gekennzeichnet und an den Hauptvorstand in Bochum die Aufforderung gerichtet, den ausgeschlossenen Ligendza, dem das Vertrauen ausgesprochen wird, wieder in den Verband aufzunehmen. Zur Frage des 1. Mai nahm die Zahlstelle gleichfalls Stellung und faßte folgende Entschließung:

„Die heutige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Biskupitz-Borsigwerk des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands beschließt, den 1. Mai als Weltfeiertag des Proletariats durch Arbeitsruhe zu feiern und geschlossen für die Interessen der revolutionären Arbeiterklasse zu demonstrieren."

Die Geduld der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ist erschöpft. Jetzt muß mit aller Entschiedenheit gegen die Spalter und ihre Anhänger vorgegangen werden. In allen Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen muß gegen die Ausschlußwut der Bürokratie Stellung genommen werden. Tretet überall aktiv auf, denn die Ausschlüsse sind nur ein Vorspiel weiterer Spaltungsmaßnahmen. Solidarisiert euch mit den Ausgeschlossenen. Stellt jede Frage der Ausschlußdrohung vor die Arbeiter. Festigt und organisiert weiter die revolutionäre Opposition.

Der beachtenswerte Protest der Zahlstellen Zaborze-Dorf und Biskupitz gegen die Spalter muß als Alarmruf gelten. [illegible]

Verjagt die Reformisten! Nieder mit den Spaltern!

Für die zweite Rate

„Germania" schreibt: „Das bedeutet, daß auch die sozialdemokratischen Reichsminister die zweite Rate bewilligen werden."

Die gesamte sozialdemokratische Presse versucht es so hinzustellen, als ob der Beschluß der bürgerlichen Parteien, zusammen mit den Sozialdemokraten eine Regierung zur Verabschiedung des Etats zu bilden, ein Erfolg der Sozialdemokratie sei. Auch in der „Volkswacht" haut Kranold in dieselbe Kerbe und erklärt:

„Das bemerkenswerteste Ereignis in der Entwicklung der letzten Tage ist, daß die bürgerlichen Parteien sofort haltlos zusammengeklappt sind, als unsere Fraktion Festigkeit des Willens zeigte und auch trotz Gefährdung der Großen Koalition bei ihrem Entschluß blieb. Insbesondere das Zentrum schwenkte sofort ein und stellte sich brav und artig in Reih' und Glied. Wir können nur hoffen, daß unsere Fraktion aus dieser Erfahrung die nötigen Lehren zieht."

Welch ein Männerstolz vor Zentrumsthronen! Der Kranold tut, als ob die Sozialdemokratie einen Erfolg errungen hätte und muß so tun, damit die sozialdemokratischen Arbeiter nicht merken, daß diese Regierung, in der drei Sozialdemokraten sitzen, den Panzerkreuzer nach wie vor bewilligen und bauen wird. Die „Germania", das Berliner Blatt des Zentrums, erklärt nämlich zu dem Beschluß der Regierungsparteien, „daß das Reichskabinett sich gemäß seinem gestrigen Beschluß geschlossen für die Durchsetzung des von dem Finanzsachverständigen unterbreiteten Finanzprogramms einsetzen wird. Das bedeutet, daß auch die sozialdemokratischen Reichsminister die zweite Rate des Panzerkreuzers A bewilligen werden." Und der sozialdemokratische Funkdienst, der diese Meldung der „Germania" verbreitet, äußert dazu:

„Was heißt hier bewilligen? Der Reichstag hat mit seiner bürgerlichen Mehrheit nicht nur einmal, sondern zweimal den Bau des Panzerkreuzers A beschlossen. Die Reichsregierung hat schließlich die Aufgabe, die Beschlüsse des Parlaments durchzuführen, und selbst, wenn die sozialdemokratischen Minister gegen den zur Debatte stehenden speziellen Beschluß obstruierten, würde an dem Bau des Panzerkreuzers selbst doch nichts geändert werden. Die sozialdemokratischen Vertreter im Kabinett erfüllen mit ihrer Stellungnahme lediglich eine Pflicht als parlamentarische Minister, ohne daß sie ihre — übrigens weit und breit bekannte — Auffassung über die Zweckmäßigkeit des Panzerkreuzers auch nur im geringsten aufgeben."

Die sozialdemokratischen Minister werden sich also gewissermaßen im besten Fall von ihren anderen Kollegen „vergewaltigen" lassen. Sie sind für parlamentarische Demokratie, sind parlamentarische Minister; die Sozialdemokratie wird im Reichstag die zweite Rate ablehnen, die anderen Parteien im Reichstag werden sie annehmen, die Regierung wird für den Bau sein, und die sozialdemokratischen Führer werden versuchen, nach diesem Doppelspiel vor die Massen hin

zutreten und zu erklären: Was wollt ihr? Wir haben gekämpft, wir sind unterlegen, das ist nun einmal so der Lauf der Welt.

Der Kranold allerdings verlangt, daß die Minister der Sozialdemokratie Fraktionsdisziplin halten und gegen die zweite Rate stimmen. Warum sollen sie nicht auch dagegen stimmen? Sie werden dann eben überstimmt. Der „linke“ Kranold aber könnte sich dann schützend vor seine Parteigenossen rechter Couleur stellen und die **Müller, Hilferding, Severing und Wissell als „tapfere Kämpfer“ hinstellen. Er begrüßt die Bildung der Regierung und stellt gleichzeitig fest, daß diese Koalitionsbildung zunächst nur für die Verabschiedung des Etats geltend sei, nicht aber für die spätere Zeit. Kranold erklärt: „Das eröffnet für unsere Partei die Möglichkeit, daß der bevorstehende Parteitag selbst die endgültige Entscheidung in der Regierungsfrage trifft.** Man sollte ihm nun auch diese Entscheidung überlassen.“

Eine heuchlerische, doppelzüngige Politik! Denn für die Bourgeoisie ist ja das Wichtigste, daß der Etat mit seiner ungeheuren Belastung der werktätigen Massen angenommen ist. Der Kranold aber will jetzt schon wieder Opposition mimen und so tun, als ob der Parteitag der Sozialdemokratie — der bekanntlich wegen der „Hochwassergefahr“ verschoben wurde — etwas an den Dingen ändern würde. **Der Parteitag der Sozialdemokratie wird nichts ändern. Es sei denn, die sozialdemokratischen Arbeiter, die nicht für den Panzerkreuzer sind und von der Massenausplünderung durch den Hilferding-Etat genau so wie alle anderen betroffen werden, fegten die Wissell-Hilferding und auch die Kranolds hinweg.** Aber das heißt Bruch mit der Sozialdemokratie, die, ob rechts oder links firmiert, in jedem Falle die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen tritt.

Oppositionserfolg auch bei den Höchster Farbwerken

Siegeszug der Opposition in den chemischen Betrieben Deutschlands

F r a n k f u r t a. M., 11. April. (Eig. Drahtber.) Die gestern abgeschlossene Betriebsratswahl in den H ö c h s t e r F a r b w e r k e n brachte der Opposition wiederum einen g r o ß e n E r f o l g. Von der etwa 9000 Mann starken Belegschaft beteiligten sich 6307 Kollegen (82 Prozent) an der Wahl. Das Ergebnis lautet:

O p p o s i t i o n . .	**2172 Stimmen und**	**7 Betriebsratssitze**
Reformisten . .	**3030 Stimmen und**	**10 Betriebsratssitze**
Christen	**1030 Stimmen und**	**3 Betriebsratssitze**
Gelbe	**75 Stimmen**	

Im Arbeiterrat erhalten die Opposition a c h t Vertreter, die Reformisten 12 und die Christen 4. Dem alten Betriebsrat gehörten n u r z w e i O p p o s i t i o n e l l e an, die im vorigen Jahre auf der freigewerkschaftlichen Liste gewählt wurden, während die Reformisten 15 Sitze innehatten. D i e R e f o r m i s t e n h a b e n d e m n a c h 5 B e t r i e b s r a t s s i t z e v e r l o r e n, d i e v o n d e r O p p o s i t i o n e r o b e r t w u r d e n.

Der Erfolg der Opposition ist um so höher zu bewerten, als der Wahlkampf von der reformistischen Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes mit den schamlosesten Mitteln geführt worden ist. Die Höchster Farbwerke sind nicht nur der größte Betrieb der I.-G.-Farben im Wirtschaftsgebiet Frankfurt, sondern sie haben auch eine ausschlaggebende Bedeutung für die chemische Kriegsproduktion.

*

Der glänzende Erfolg der Opposition in den Höchster Farbwerken stellt einen weiteren Schritt in dem Siegeszug der Opposition durch die Riesenbetriebe der I.-G.-Farbenindustrie dar. Nach Leuna, die Werke des Griesheimer Konzerns der I.-G.-Farbenindustrie Bitterfeld, Casella-Fechenheim und Agfa-Berlin-Treptow — in all diesen Werken der I.-G.-Farbenindustrie hat die Opposition die absolute Mehrheit erobert — ist der Erfolg in den Höchster Werken ein weiterer Beweis für die Macht der Gewerkschaftsopposition in den chemischen Großbetrieben Deutschlands.

Fürsorgeerziehungs-Debatte im Provinziallandtag

Neuer Landesratsschacher zwischen SPD., Volkspartei und Zentrum

Breslau, 11. April.

Die gestrige Plenarsitzung des 7. Niederschlesischen Provinziallandtages wurde im wesentlichen ausgefüllt durch die Debatten über die F ü r s o r g e e r z i e h u n g. Die kommunistische Fraktion hatte in dieser Frage die I n i t i a t i v e übernommen. Sie forderte in einem Antrage **die Streichung aller Ausgaben für Anstaltsgeistliche und Gottesdienstbedürfnisse**, ferner die Ausstellung von Personalausweisen für die Mitglieder des Provinziallandtages, um die Anstalten u n a n g e m e l d e t kontrollieren zu können. Eine von der kommunistischen Fraktion eingebrachte längere grundsätzliche Entschließung, in der der Provinzialausschuß aufgefordert wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz Abt. II aufgehoben wird und die gesamten Kosten für die Unterbringung hilfsbedürftiger Minderjähriger, ähnlich wie in Baden und Oldenburg, vom Staate getragen werden, fand nicht die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung von 10 Stimmen. Die Aussprache, an der sich von der kommunistischen Fraktion die Genossen S c h u l z, A d e l t und D o m b r o w s k i beteiligten, gestaltete sich zu einer gründlichen grundsätzlichen Abrechnung mit der christlich-kapitalistischen Fürsorgeerziehung und ihren Verfechtern.

Dann wurde eine Reihe kleinerer Vorlagen behandelt, die bei fast leerem Hause und leeren Tribünen erledigt wurden.

In der Nachmittagssitzung wurde die Wahl von Landesbauräten bzw. Landesräten vorgenommen. Gewählt wurden zum Landesbaurat für den Hochbau Provinzialbaurat S c h l e i c h e r und Regierungsbaurat B a r t h e l s. Die Landesratsstelle, die durch den Tod des Landesrats Rocha-Schmidt frei wurde, wurde mit dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten W i n z e r besetzt. Für den bisherigen Provinzialsyndikus Dr. Friedrich wurde eine neue L a n d e s r a t s s t e l l e geschaffen. Genosse Dombrowski protestierte gegen die Schaffung einer neuen Landesratsstelle und kennzeichnete die Vorlage als ein Schachergeschäft zwischen S o z i a l d e m o k r a t i e, V o l k s p a r t e i und Z e n t r u m. Bei der Wahl gaben dann einmal die Sozialdemokraten, dann die Bürgerlichen ohne Nominierung von Gegenkandidaten weiße Stimmzettel ab. Genosse Dombrowski bezeichnete diese weißen Stimmzettel als die F e i g e n b l ä t t e r, w e l c h e d i e B l ö ß e d e s S c h a c h e r g e s c h ä f t e s v e r d e c k e n s o l l e n.

Für die „Buwa“ soll die Provinz mit 100 000 Mark eintreten. Genosse A d e l t bekämpfte mit wirksamen Argumenten diese Vorlage und betonte mit Nachdruck, daß es wichtiger sei, für Obdach- und Wohnungslose Wohnungen zu schaffen, als Wohnungen auszustellen. Herr Mache trat mit dem Eifer des Bürgermeisterkandidaten und sehr alten abgedroschenen nationalistischen Phrasen für die „Buwa“ ein. Mit ihm rechnete Genosse Dombrowski noch einmal ab. Zum Schluß wurden die Haushaltspläne der Niederschlesischen Blindenanstalt und der Taubstummenanstalt erledigt.

Die nächste Plenarsitzung findet am Sonnabend 9 Uhr statt.

Zörgiebel entläßt Dokumentenfälscher Gumanski

Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident hat den russischen Emigranten Alexander G u m a n s k i nach Bekanntgabe des Ausweisungsbefehls entlassen, „da ein Grund zu seiner weiteren Festhaltung nicht besteht“.

Die Berliner, von Sozialdemokraten geleitete Polizei versäumt es, mitzuteilen, wohin sich der Dokumentenfälscher wendet. Gumanski ist aus Preußen ausgewiesen, kann also weiter in Deutschland seine dunklen Geschäfte durchführen.

Es ist übrigens nicht das erstemal, daß der Dokumentenfälscher ausgewiesen wird. Im Jahre 1924 wurde Gumanski schon einmal verhaftet und ausgewiesen. Er kümmerte sich nicht darum und setzte kurz nach seiner Entlassung den Schwindel mit dem Sinowjew-Brief in Szene, zusammen mit dem Emigranten Orloff, gegen den in den nächsten Tagen der Prozeß stattfindet. Gumanski wird nicht dabei sein, er könnte ein unangenehmer Zeuge werden.

Und Zörgiebel tut alles, um die Dokumentenfälscher zu schützen.

Letzte Meldung

Zum Mord in der Neudorfstraße

Die Täterin verhaftet

Breslau, 12. April.

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir: Frau F r a n z k e wurde heute morgen gegen 2,15 Uhr in einer Hausnische der H ö f c h e n s t r a ß e in der Nähe des M u s e u m s p l a t z e s von einer S c h u p o s t r e i f e ergriffen. Die Beamten nahmen die Frau mit auf die Wache, in der Meinung, es handle sich um eine O b d a c h l o s e. Auf der Wache wurde dann festgestellt, daß man die flüchtige Frau F r a n z k e vor sich hatte. Bei der V e r n e h m u n g g e s t a n d s i e e i n, d e n M o r d b e g a n g e n z u h a b e n, und zwar angeblich aus Aerger über das Verhalten der Stieftochter, das diese beim Ankleiden an den Tag gelegt habe. Sie wollte sich nach der Tat der Polizei stellen, habe aber nicht den Mut dazu gefunden.

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

44

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolstadt i. Th.

Ruckers fletschte seine starken gelben Zähne. „Nicht wahr, die Leute haben eine fabelhafte Mord-Phantasie?“

„Ich hätte nie geglaubt, daß man auf einem Fetzen Papier so viel Lügen zusammenbringen kann,“ flüsterte Sukrow, noch völlig fassungslos.

„Ja, das ist das berühmte System Noske! In Lichtenberg mußten auch die angeblich ermordeten hundertfünfzig Schutzleute herhalten, um Vorwand zu den März-Schlächtereien und Standgerichten zu geben. Genau so wird jetzt die Pogromstimmung gegen uns vorbereitet. Dieses Flugblatt — es stehen von den anderen Orten ähnliche Geschichten drin — wird nun nicht nur an das Militär verteilt, sondern auch durch Flugzeuge abgeworfen.“

„Aber das glaubt ihnen ja doch kein Mensch,“ rief Sukrow empört.

Ruckers funkelte ihn unter buschigen Augenbrauen an, daß er unwillkürlich erbebte.

„So, meinst du? Du warst doch vergangenes Jahr in Berlin. Hand aufs Herz, hast du die Lichtenberger Greuelgeschichten geglaubt? — Ja oder nein?“

„Die ersten Tage allerdings!“

„Na also! — Aber so leicht wird es den Bluthunden diesmal nicht gemacht. Wir werden uns wehren! Die in Wetter und Dortmund haben bereits den Anfang gemacht,“ sagte Ruckers, sich den Schnurrbart glattstreichend.

„Das wäre ja furchtbar, wenn es hier auch zu Straßenkämpfen käme,“ erschauderte Sukrow, denn die Schreckensbilder aus Lichtenberg traten ihm wieder deutlich vor Augen. „Aber,“ setzte er zuversichtlich hinzu, „die Regierung wird Mittel und Wege finden, das zu verhindern. Es ist hier doch alles ruhig, und Lügen haben kurze Beine. Kapp wird klein beigeben müssen, wenn die rechtmäßige Regierung ein zuverlässiges Heer gegen ihn zusammengebracht hat. Habt ihr noch keine Nachrichten aus Berlin?“

Ruckers überhörte die letzte Frage. „Du bist noch immer der alte Phantast, der auf Gott und Ebert vertraut. Mancher begreift's eben nie! Die Regierung und ein republikanisches Heer? Ja, woher denn nehmen? Wenn es nur darum ginge, die Kappisten zu schlagen, brauchten sie uns nur freie Hand zu lassen. Wir würden schon allein fertig. Aber davor haben sie ja am meisten Angst. Sonst hätten sie uns ja erst gar nicht zu entwaffnen brauchen und die Konterrevolution zu bewaffnen. Wir vertrauen auf nichts mehr als hierauf,“ er zeigte seine schwieligen Fäuste.

„Und was willst du betreffs der Spionage-Angelegenheit tun?“ erinnerte Sukrow an den eigentlichen Zweck seines Kommens.

Ruckers klatschte sich an die Stirn. „Da vergessen wir über das Quatschen fast die Hauptsache. Ich bin nämlich schon halb meschugge. Seit Sonnabend habe ich, wenn es hoch kommt, zehn Stunden geschlafen. Warte einen Augenblick!“ — Er kehrte gleich darauf mit Kösfeld, Grothe und Zur Linden zurück, und Sukrow mußte noch einmal seine Erlebnisse erzählen.

„Den Burschen werden wir uns greifen. Ich umstelle heute abend das Lokal, verhöre ihn energisch. Wenn man ihm ein bißchen Angst macht, wird er schon alles gestehen,“ sagte Zur Linden entschlossen.

„Das wird wenig nützen, denn bis er wirklich gestanden, haben seine Komplizen Zeit, sich aus dem Staube zu machen und irgendwo einen neuen Laden aufzuziehen,“ zweifelte Grothe.

Plötzlich begann Kösfeld laut eine Karnevalsweise zu pfeifen, daß sich alle erstaunt nach ihm umsahen. „So muß es gehen,“ sagte er mit einem Gesicht, als habe er eine wichtige Entdeckung gemacht. Und dann raunte er seinen Genossen einige Worte zu, absichtlich so leise, daß Sukrow, der den argwöhnischen Blick des kleinen Mannes bemerkte, nichts verstehen konnte. Seine Idee mußte wirklich etwas für sich haben, denn über Ruckers verwettertes Gesicht hüpfte ein schadenfrohes Lächeln. Zur Linden verzog den Mund, daß die Ohren Besuch bekamen, Grothe aber klatschte vor Freude in die Hände.

„Das muß Max machen, der kann von uns allen am besten schwindeln,“ sagte Ruckers.

Kösfeld flüsterte wieder einige Worte, aber Ruckers beschwichtigte seine Bedenken, indem er absichtlich laut sagte:

„Betreffs des Genossen Sukrow bürge ich. Grothe kennt ihn übrigens auch schon länger. Natürlich muß er als Verbindungsmann wissen, was wir für Berichte machen, sonst trifft er eines Tages seine Auftraggeber und er weiß dann gar nicht mal, was er geschrieben hat.“

„Recht hast du, Pidderchen!“ — Kösfeld starrte den jungen Mann wohl fünf Sekunden durch seine funkelnden Augengläser an, als wolle er ihn mit seinen Blicken durchleuchten, dann reichte er ihm langsam die Rechte.

„Wenn die beiden Genossen für Sie bürgen, muß mir das genügen, auch wenn ich Sie persönlich nicht kenne. Mißtrauen ist nun einmal in solcher Kampfsituation unentbehrlich, da wir auf Schritt und Tritt von Spitzeln umgeben sind und man keinem Menschen seine Ehrlichkeit an den Augen ablesen kann.“

„Wir wollen zum Schein auf die Geschichte eingehen und fortlaufend Berichte schicken, die unsere Feinde irreführen,“ erläuterte Grothe.

„Auf diese Weise haben wir nämlich auch die Einwohnerwehr zermürbt. Die armen Deubels wußten zuletzt vor lauter Gespenstern nicht mehr, ob sie Jungens oder Mädels waren,“ lachte Ruckers.

Sukrow begriff plötzlich. „Darum auch das Gerede in der Stadt von den Minenwerfern und den Angriffen auf Rathaus und Post? — Nun wird ihm erst vieles klar!“

Die fünf Männer brachen in ein fröhliches Lachen aus.

„Dann gleich los damit, ich werde der Lucie diktieren. Du kommst gleich mit,“ sagte Grothe in seiner kurz entschlossenen Art und winkte Sukrow. Auf dem Korridor aber kamen ihm Bedenken betreffs Lucie Oversath. „Warte mal hier einen Augenblick!“ —

In wenigen Sekunden kam er mit fröhlichem Gesicht zurück. „Märy Ruckers schreibt auch Maschine und sie ist sogar hier im Hause.“

In einem Zimmer des Erdgeschosses fanden sie Märy, wie sie gemeinsam mit einigen Männern und Frauen einen Berg gesammelten Verbandsmaterials: Watteschachteln, Verbandspäckchen, Binden usw. sortierte. Auf einem Tisch standen Flaschen mit essigsaurer Tonerde, Sublimatlösung und dergleichen. An der Wand lehnten einige Tragbahren. Es roch nach Lysol und Jodoform.

„Kannst du mal eine halbe Stunde abkommen?“ fragte Grothe. Sie band ihre weiße Schürze ab und folgte nach oben. Mit einigen Worten komplimentierte er Lucie Oversath, die sich die Langeweile gerade mit einem Schundroman vertrieb, hinaus und begann — mit großen Schritten auf- und abgehend — zu diktieren. Als er fertig war, ging er hinaus, um sich mit den Genossen nochmals zu besprechen. Sukrow blieb mit dem jungen Mädchen allein.

„Sie halten also auch mit uns?“ fragte sie mit einer Verwunderung im Ton, der ihn kränkte.

„Kommt Ihnen das so überraschend?“

„Offengestanden ja! Nach Ihren früheren Reden und Ansichten zu urteilen! Aber ich habe ja schon gehört, Sie sind Sozialdemokrat geworden, und die machen ja auch mit. — Vorläufig wenigstens noch,“ setzte sie hinzu.

Er verstand die Anspielung und antwortete in gereiztem Ton: „Wenn ich mit dabei bin, so folge ich nicht den Anweisungen irgendeiner Partei, sondern weil ich mit Herz und Verstand für die Sache der Arbeiterschaft bin. Und was meine früheren Aeußerungen anbetrifft, — nun, ich bin so wenig feige, einzugestehen, daß ich inzwischen eine ganze Menge zugelernt habe. Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen.“

„Sie nehmen meine Worte doch nicht böse, so war es jedenfalls nicht gemeint,“ sagte sie und sah ihn mit ihren dunkelbraunen Samtaugen bittend an.

„Sie müssen Geduld mit mir haben, jeder Mensch ist doch ein Produkt seiner Erziehung und Umgebung,“ antwortete er mit niedergeschlagenem Blick. „Sie kennen doch mein Leben, Märy, und ich hatte eigentlich zu Ihnen das Vertrauen, daß Sie mich begreifen. Wenn ich in Ihren Verhältnissen groß geworden wäre, stände ich heute sicher schon woanders.“

Märy tippte, auf der Maschine spielend, hin und her. „Sie sagten, gerade zu mir hätten Sie Vertrauen, warum denn gerade zu mir?“ fragte sie mit leiser Stimme.

Er wurde verlegen, wußte nicht, was er auf diese peinliche Frage antworten sollte. Schließlich wählte er eine harmlose Deutung und sprach: „Nicht nur Sie allein, Märy, es schmerzt mich allgemein, wenn ich verkannt werde, auch von Hannes, Ihrem Vater, Max usw.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt“ und „Waldenburg“ Wilhelm Biewald, für „Breslau“, „Görlitz“ und die übrigen Beilagen Artur Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Georg Paris in Hindenburg. — Für Inserate M. Berber-Breslau.

Ein Brief aus Sowjetrußland

Kein Hunger — die werktätigen Bauern werden nicht ausgeplündert — Aufbau der Industrie — Die bürgerliche und SPD.-Presse lügt

Nachstehend veröffentlichen wir einen Brief aus Sowjetrußland, der an einen russischen ehemaligen Kriegsgefangenen in Schlesien gerichtet ist. Die Red.

Balalleja, den 27. März 1929.

Wir begrüßen euch alle: Waßja, Paula, Erika und Ruth und verneigen uns in tiefster Ehrfurcht.

Waßja, deinen Brief mit der Mitteilung, daß deine Bemühungen, die Einreisevisa nach der Sowjetunion zu erlangen, vorläufig keinen Erfolg hatten, habe ich erhalten. Ich habe mich sofort für dich verwandt, wobei mir der Genosse Trofim Jossifowitsch Ssokolzew behilflich war. Du wirst ihn ja noch kennen, er stammt aus Gussarowsk. Er erinnert sich noch an Paula und erinnert sich daran, wie ihr hier gewesen seid, da wurde euch in dem Gasthaus ein Frühstück vorgesetzt, das nicht zu genießen war. Damals hat Paula einen sehr schlechten Eindruck von Rußland bekommen. War ja auch nicht anders möglich. Es war Hungersnot. Auch wir erinnern uns mit Schrecken aber auch an diese Zeiten. Aber nun hat sich doch alles zum Besten gewendet. Ein neues Leben hat begonnen. Die Industrie wird aufgebaut. Die Diktatur, die Macht der Arbeiter und Bauern steht unerschütterlich.

Du teilst mit, daß inzwischen die Einreiseerlaubnis dir erteilt wurde. Siehst du, deine Zweifel, ob denn unsere Regierung tatsächlich auf seiten der Arbeiter steht, erweisen sich als grundlos. Unsere Regierung ist die Regierung der Arbeiter und Bauern, eine echte proletarische Macht, sie lehnt deine Aufnahme in unseren Bund nicht ab, da du Arbeiter bist und zu uns gehörst. Jeder Arbeiter ist uns teuer, der mithilft, zu arbeiten im Interesse der Arbeiter und Bauern. Wer nicht mithelfen will, der ist für uns ein fremdes Element, den rechnen wir nicht zu unserer Gesellschaft. Außer diesen bewußten Feinden haben wir auch unverständliche Elemente, die aus Unkenntnis der Lage nicht mithelfen wollen an dem Aufbau. Diese Menschen erziehen wir. Die Sowjetmacht hat sich z. B. zur Aufgabe gestellt, das Analphabetentum vollständig zu liquidieren. Du wirst begreifen, daß ein geschulter Arbeiter sich in allen Fragen der Politik und Wirtschaft besser zurechtfinden kann. Die Sowjetmacht will das Beste für die Werktätigen. Für dieses Ziel sind viele der besten Vorkämpfer gefallen, und in den kapitalistischen Ländern des Westens müssen auch jetzt noch die größten Opfer gebracht werden. Unser Ziel, Aufbau des Sozialismus und dann des Kommunismus, wird doch trotz aller Schwierigkeiten erreicht werden.

Waßja, du schreibst in deinem Brief, daß irgendeiner von deinen Bekannten einen Brief aus Sowjetrußland erhalten hätte, mit der Mitteilung, die Sowjetregierung plündere die Bauern aus, und in Rußland herrsche Hunger. Diese Behauptungen sind eine unverschämte Lüge. Diesen Brief hat entweder ein Kulak oder Provokateur geschrieben, dem die Sowjetregierung nicht gefällt und der sich nach der Zarenregierung mit dem Knüppel sehnt. Solche Elemente bekämpfen wir auf allen Gebieten. Wir lassen die Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung nicht zu. Das gefällt verschiedenen Leuten nicht, und daher ihr Haß gegen die Sowjets.

Auch teilst du mit, daß die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen in Deutschland denselben Unsinn von Rußland zu berichten wissen. Das ist begreiflich. Die deutschen Sozialdemokraten nennen wir nicht anders als Sozialverräter, da sie die Arbeiterklasse Deutschlands in einemfort verraten, was man gegenwärtig an ihrer Rolle bei den Wirtschaftskämpfen erkennen kann. Die Bourgeoisie verbreitet die Lüge, die Bolschewisten seien Tiere, das russische Volk hungere. Das tun sie, um die Sympathien der westeuropäischen Arbeiter für Rußland zu vernichten. Ihnen ist schon das Bestehen der Sowjetunion allein ein Dorn im Auge. Sie haben prophezeit, daß die russischen Arbeiter nicht fähig sein werden, die Wirtschaft aufzubauen, daß die Sowjetmacht zugrunde gehen werde. Ihre Prophezeiungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Wir bestehen bereits 12 Jahre, die Wirtschaft ist wieder aufgebaut, nicht schlechter als in den kapitalistischen Ländern, ohne fremde Hilfe. Jeder russische Arbeiter hat gern die Industrieanleihe gezeichnet, um an dem Wiederaufbau mitzuhelfen, um unabhängig von dem Kapital des Auslandes zu sein. Das gefällt den Kapitalisten natürlich nicht.

Die Schwierigkeiten, die wir noch zu überwinden haben, sind natürlich außerordentlich groß, doch langsam, aber sicher geht es vorwärts unter Führung der Kommunistischen Partei.

Gegenwärtig steht der Kampf gegen den Kulaken im Vordergrunde. Er will nicht seinen Ueberschuß an Getreide freiwillig abgeben. Dieser Umstand verursacht natürlich gewisse Störungen in der Versorgung der Bevölkerung mit Brot. Auch hatten wir in einigen Teilen der sonst sehr fruchtbaren Ukraine vergangenes Jahr eine Mißernte. Aber es war doch immer so, daß die Ernte von den Witterungsverhältnissen wesentlich abhängt. Doch daraus die Unfähigkeit und den Untergang der Sowjetregierung zu schlußfolgern, ist falsch. Also habe keinerlei Befürchtungen und komme, sobald du kannst.

Es grüßen Anja, Raja und Wanja Arsamaschewy.

Es lassen euch grüßen die Mutter, Polja, Warja, Walentina und Marußja und warten auf euch.

Eisenbahner! Laßt eure Bewegung nicht von den Reformisten abwürgen!

Was die revolutionäre Opposition zu Beginn der Lohnbewegung den Eisenbahnern gesagt hat, trifft bereits jetzt in vollem Umfange zu, denn die Bestrebungen der Gewerkschaftsbürokratie zur Abwürgung der Lohnbewegung treten immer deutlicher in Erscheinung. Was soll es bedeuten, wenn sich die Spitzenorganisationen an die Reichsregierung wenden und der „Vorwärts" diesen Schritt als einen „Appell an die Vernunft" bezeichnet? Soll etwa die kapitalistische Regierung den Eisenbahnern helfen? Dieselbe Regierung, die es fertiggebracht hat, dort, wo sie direkter Arbeitgeber ist, keinen Pfennig Lohnzulage zu bewilligen — wir meinen bei den Reichs- und Postarbeitern —, die Regierung, die bei den Beratungen über die Betriebssicherheit der Reichsbahn den Standpunkt der Hauptverwaltung in jeder Hinsicht gedeckt und durch den zurzeit amtierenden Verkehrsminister Schätzel eine Erklärung abgeben ließ, die eine glatte Verteidigung des Systems Dorpmüller darstellt, jene Regierung, die erst jetzt wieder bei den Beratungen über den Etat ihre arbeiterfeindliche Politik bewiesen hat. Die Eisenbahner können davon überzeugt sein, daß, wenn diese bürgerlich-kapitalistische Regierung eingreift, dann

nur zugunsten der Reichsbahn-Hauptverwaltung.

Und dann die Eingabe der Spitzenorganisationen an die Reichsbahn-Hauptverwaltung. Dem ersten Fußtritt, den Dorpmüller der Gewerkschaftsbürokratie versetzt hat, indem er kategorisch jede Lohnaufbesserung ablehnte, folgt nun der zweite. Der „Vorwärts" schreibt:

„Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften erklären in der Eingabe, den Arbeitsfrieden im Eisenbahnbetriebe nicht ohne zwingende Not gefährden zu lassen."

Das heißt mit anderen Worten, daß unter allen Umständen der „Weg zur Verständigung" weiter beschritten werden soll, natürlich auf Kosten der Eisenbahner.

Das Maß ist übervoll, die Geduld bei den Eisenbahnern ist zu Ende. Das haben die bereits gefaßten Beschlüsse verschiedener örtlicher und Bezirksorganisationen gezeigt. Darf es aber nur bei der Erklärung zur Bereitwilligkeit zum aktiven Kampf bleiben? Die Eisenbahner müssen sich darüber im klaren sein, daß die von der Bürokratie verlangte Disziplin der Reichsbahn-Hauptverwaltung die Möglichkeit gibt, in der Zwischenzeit ihre Abwehrmaßnahmen zu treffen. Nicht ohne Grund ist die Bourgeoisie beruhigt durch die Maßnahmen der Spitzenorganisationen. Wenn demgegenüber die sozialdemokratische Presse in demagogischer Weise die Frage stellt, worauf sich der Optimismus, den die bürgerlichen Blätter zum Ausdruck bringen, stütze, so ist das weiter nichts, als eine gefährliche Irreführung der Eisenbahner.

Auf das Zusammenarbeiten zwischen der Bürokratie, der Reichsbahn-Hauptverwaltung und der Reichsregierung gibt es nur eine Antwort, die die Eisenbahner geben müssen, das ist der Streik.

Der Ruf zur Arbeitsniederlegung wird von den Reformisten nicht kommen, denn ihre Politik und insbesondere die zurzeit schwebenden Koalitionsverhandlungen, bei welchen die Sozialdemokraten immer weitere Konzessionen an die kapitalistischen Parteien machen, verpflichten die Bürokratie, die Eisenbahnerbewegung rücksichtslos abzuwürgen. Wollen die Eisenbahner sich nicht erneut verkaufen lassen, dann dürfen sie weder Rücksicht nehmen auf den Ausgang der Reparationsverhandlungen in Paris, noch dürfen sie ihre Stellung abhängig machen von den eventuell noch zu erwartenden Verhandlungen.

Die Bezirke, die wichtig sind für den Verkehr, müssen sofort in den Streik treten.

Wird so der Kampf begonnen, dann ist es nur eine Frage der Zeit, und die übrigen Eisenbahnerkollegen werden ebenfalls zur Unterstützung des ausgebrochenen Kampfes die Arbeit niederlegen. Nur so und nicht anders wird die Lohnbewegung mit Erfolg beendet. Diese Tatsachen verpflichten die Eisenbahner, überall Kampfleitungen zu bilden, die den Kampf gegen Dorpmüller und gegen die Gewerkschaftsbürokratie führen.

Partei und RFB. in Bochum sollen verboten werden

Die Nationalsozialisten haben am Sonntag in Bochum einen Bezirksparteitag, auf dem unter anderen der Henker der Münchener Räterepublik, General Epp, Hitler und Göbbels sprechen sollen. Gleichzeitig planen die Nationalsozialisten einen großen Aufmarsch in Bochum. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter zu Gegenkundgebungen rüsten. Der Bochumer Polizeipräsident, der ehemalige christliche Gewerkschaftssekretär Graß, hat jetzt die Vertreter der Ortsgruppe Bochum der KPD. und des RFB. zu einer Aussprache aufgefordert, in der er von der „friedlichen" Haltung der Hakenkreuzler und der „nichtfriedlichen" der KPD. sprach. In dieser Aussprache erklärte der Oberregierungsrat Kretschmar:

am kommenden Sonntag sei ein Durchgreifen der Polizei zur Räumung der Straßen und des Aufmarschplatzes der Faschisten notwendig. Es sei daher zweckmäßig, im Sinne des Grzesinski-Erlasses vorbeugende Maßnahmen durch das Verbot der Partei und des RFB. zu treffen!

Die Vertreter der Polizei erklärten, daß im Falle von Zusammenstößen die bisher erschienenen Artikel unserer Presse als Material herangezogen werden sollen, **„Nieder"-Rufe seien bereits ein Grund zum Vorgehen gegen die Partei und den RFB.**

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter von Bochum, die in den Betriebsrätewahlen gezeigt haben, daß sie hinter der Partei stehen, vor diesen Drohungen nicht zurückschrecken.

Unser die Heimat!

Um den oberschlesischen Bergbau des frühen Mittelalters schlingen sich Ranken der Sage. Der Überlieferung nach ließen sich 1250 bei Beuthen, um Bobrek, Miechowitz, Piekar, Repten und Ujest deutsche Bergleute nieder und legten Blei- und Silbererzgruben an. Zu beachtlicher Blüte gelangte Oberschlesiens Bergbau um 1573, zählte man doch allein bei Oppattowitz nicht weniger als 232 Schächte auf Bleierz. Der Dreißigjährige Krieg bringt den Bergbau zum Erliegen und erst im 18. Jahrhundert vermag er wieder voranzukommen. 1851 schreibt Hoffmann von Fallersleben bei einem Besuche Oberschlesiens: „Ich habe eine neue Welt kennengelernt, das deutsche Kalifornien, das zwar kein Gold, aber Eisen, Zink und Kohle in Mengen gibt."

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

RARITÄT 4 Pf

die Cigarette des Schlesiers!

o. Mdst. m. Gold m. Kork

HALPAUS CIGARETTENFABRIK G. M. B. H.

Textilarbeiter, organisiert den Kampf!

Der Lohntarif der schlesischen Textilindustrie ist zum Ablauf am 30. April gekündigt. Wie verlautet, hat die reformistische Gauleitung des Textilarbeiterverbandes sich doch aufgerafft, eine Forderung auf Lohnerhöhung zu stellen. Es ist klar, daß sie nicht daran denkt, für die aufgestellte Forderung einen Kampf zu organisieren. Aus Rücksicht auf die Koalitionspolitik der SPD. wird die Gauleitung zu jedem Kompromiß bereit sein und wird sich jedem noch so schlechten Hungerschiedsspruch unterwerfen.

Erhöhung der Löhne um 15 Pfennige die Stunde, für Männer und Frauen aller Altersklassen.

Sicherung der tariflichen Bezahlung bei Akkordarbeit.

Ablehnung der Bedienung von drei und vier Stühlen.

Achtstundentag und 45-Stunden-Woche.

Verbot der Schichtarbeit der Frauen im Haushalt.

Diese Forderungen sind das mindeste dessen, was in dem bevorstehenden Kampf erreicht werden muß.

Textilarbeiter heraus! Organisiert sofort Belegschaftsversammlungen! Beschließt, die obenbezeichneten Forderungen als Mindestziel des Kampfes zu betrachten! Fordert die Gewerkschaftsführer auf, sich an den Schlichtungsverhandlungen nicht zu beteiligen! Trefft eure Vorbereitungen ohne Rücksicht auf die Maßnahmen der Schlichtungsinstanzen! Wählt in jedem Betriebe eine Kampfleitung, in die die energischsten Kollegen und Kolleginnen hineingenommen werden müssen, ohne Rücksicht auf ihre Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit. Die Kampfleitungen der einzelnen Betriebe müssen Fühlung untereinander aufnehmen und eine Bezirkskampfleitung für ganz Schlesien aus ihrer Mitte wählen.

Durch die Mobilisierung der gesamten Textilarbeiterschaft für den Kampf um die Mindestforderungen und durch die Wahl der Kampfleitungen wird es möglich sein, die bremsenden, in das Lager des Unternehmertums hinübergeschwenkten Gewerkschaftsbürokraten kaltzustellen und einen erfolgreichen Kampf der Textilarbeiterschaft zu führen.

Textilarbeiter, organisiert den Kampf!

Breslauer Gemeindearbeiter in Rebellion

Protest gegen die Invalidenversicherung im Verbande.

Bekanntlich hat der Verbandstag der Staats- und Gemeindearbeiter beschlossen, die Invalidenversicherung im Verband einzuführen. Dieser Beschluß löste bei der Breslauer Kollegenschaft große Empörung aus. Bezeichnend für die sozialdemokratische Ehrlichkeit war dabei die Haltung des Verbandstagsdelegierten. Dieser stimmte auf dem Verbandstag dafür, das hinderte ihn jedoch nicht, später dagegen zu sein.

Diese Woche fand eine Versammlung der Gleisarbeiter statt. Sie wurde durch eine Unterschriftensammlung erzwungen. Der Reformist Prause, der den Auftrag hatte, unter allen Umständen die Kollegen zu beruhigen, wollte ein Referat halten. Er wurde jedoch von den Kollegen gezwungen, präzise Antworten auf präzise Fragen zu geben. In der Diskussion, in der die einmütige Ablehnung der Invalidenversicherung zum Ausdruck kam, entwickelte Kollege Jentsch den Standpunkt der Opposition. Die revolutionäre Opposition lehnt die Invalidenversicherung durch den Verband ab, weil man den Staat zwingen muß, für die Invaliden ausreichend zu sorgen. Die Gewerkschaft muß eine Kampforganisation — und nicht ein Unterstützungsverein sein. Die Absicht von vielen Kollegen, wegen der Einführung der Invalidenversicherung aus dem Verbande auszutreten, ist falsch. Gerade muß man drinbleiben und unter Führung der Opposition den Verband wieder zu einer Klassenkampforganisation zu machen trachten.

Die Invalidenversicherung wurde allgemein abgelehnt. In einem Antrage an den Hauptvorstand wird gefordert, die Versicherungspflicht nicht einzuführen, sondern den Beitritt zur Versicherung dem freien Entschluß eines jeden einzelnen zu überlassen. In einem weiteren Antrag wurde von der Ortsleitung die Einberufung einer Mitgliederversammlung zur Aussprache über die Invalidenversicherung gefordert.

*

Die Breslauer Gemeindearbeiter rebellieren. Allerdings erkennen sie noch nicht alle, daß die Invalidenversicherung nur ein Teil der reformistischen Gewerkschaftspolitik ist. Noch sehen nicht alle, daß die Schlichtungs- und Verhandlungstaktik, der Verzicht auf jeden Kampf, die offene Unterstützung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik Glieder derselben Kette sind. Mit dieser reformistischen Politik der Verbandsleitung muß Schluß gemacht werden, wenn es möglich werden soll, die Organisation wieder als Kampfwaffe zur Erzielung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit zu benützen.

Unternehmerlob für Wissell und seine Schlichter

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" vom 9. April verlangt ein „lohnpolitisches Moratorium", d. h. es sollen für die nächsten Jahre keine Lohnerhöhungen mehr erfolgen. Da die Unternehmer stets gegen Lohnerhöhungen sind, hätte der betreffende Artikel der „Deutschen Bergwerkszeitung" keine besondere Bedeutung, wenn er nicht gleichzeitig feststellen würde, daß die Unternehmer dank Wissell und seiner Schlichter auf ihrem Weg ein großes Stück vorwärts gekommen sind. Wörtlich schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung":

„Es scheint so, als wenn die Schiedssprüche sich in ihren Sätzen gegen früher eine erkennbare Beschränkung auferlegten und hinsichtlich der Tarifzeiten vielfach sogar den Wünschen der Arbeitgeber auf eine länger währende Stabilisierung der Lohnverhältnisse entgegenkämen. Und es kommt in der Tat gegenwärtig viel darauf an, daß neben der Wirtschaft selbst der deutsche Schlichter begreift, welche Verantwortung ihm angesichts des gänzlichen Versagens der Gewerkschaften zufällt, und daß es in strittigen Fällen das beste ist, die Verantwortung vor aller Oeffentlichkeit den Parteien zuzuschieben oder es im äußersten Notfalle dem Reichsarbeitsminister zu überlassen, den harten Notwendigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage unter Einsatz seiner politischen Verantwortung Geltung zu verschaffen. Wenn heute die Reichspost, die Reichsbahn, der Staat, der Bergbau, die Industrie, die Landwirtschaft mit unerschütterlichen Wirtschaftsgründen in gemeinsamer Abwehr gegen die aggressive gewerkschaftliche Einsichtslosigkeit stehen, sollte diese vielsagende Tatsache nicht deutlich genug dafür sprechen, daß die Belastungsgrenzen der deutschen Wirtschaft aus sozialpolitischen Motiven erreicht ist und ohne ernste Folgen nicht überschritten werden kann?"

Wissell, die Koalitionsregierung und ihre Schlichter haben dieses Lob des größten deutschen Scharfmacherblattes vollauf verdient. Denn seit Wissells Amtsantritt sind noch viel arbeiterfeindlichere Schiedssprüche gefällt worden, als selbst in der Zeit des Zentrumsministers Brauns. Wissell hat seinen Schlichtern die Anweisung gegeben, höchstens denjenigen Zeitlohnarbeitern einige Pfennige Lohnerhöhung zuzusprechen, die den niedrigsten Lohn haben. Demnach wird verfahren. Die gefällten Schiedssprüche bringen meist für 80—85 Prozent der Arbeiter keinen Pfennig Lohnerhöhung. Hilferding als direkter „Arbeitgeber" der Reichs- und Postarbeiter will überhaupt keinen Pfennig Lohnerhöhung bewilligen.

Infolge der Wissellschen Lohnpolitik, die von dem ganzen Heer der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer durchgeführt wird, erhielten die Arbeiter bei den letzten Lohnabschlüssen nicht einmal einen Ausgleich für die beträchtlich gestiegenen Lebenshaltungskosten. Zu gleicher Zeit machen die Unternehmer unerhörte Riesengewinne. Nachdem beispielsweise die Wuppertaler Textilarbeiter, soweit sie im Zeitlohn arbeiten, mit 2 Pfennigen Lohnerhöhung abgespeist sind, veröffentlichen die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G., Elberfeld, daß sie auch in diesem Jahr 18 Prozent Dividende verteilen werden. Ein faulenzender Aktionär, der Aktien im Nennwert von 100 000 Mark besitzt, bezieht daraus allein an Dividende ein jährliches Einkommen von 18 000 Mark, ein Betrag, von dem zehn Textilarbeiterfamilien leben müssen. Aehnlich hohe Dividenden verteilen alle großen kapitalistischen Gesellschaften, währenddem die Arbeiter im größten Elend dahinsiechen.

Das Trustkapital hat alle Ursache, seinem Wissell und seinen Müller, Hilferding und Severing Lob auszusprechen. Mögen es alle Arbeiter hören und daraus die richtigen Konsequenzen ziehen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer werden nichts tun, als die Politik der Koalitionsregierung durchzuführen. Daraus ergibt sich mit eiserner Logik, daß, wenn die Arbeiterschaft eine Erhöhung ihrer elenden Löhne erzielen will, sie den Losungen der gewerkschaftlichen Opposition folgen, überall selbst Kampfleitungen wählen und unter ihrer Führung zum Angriff übergehen muß.

Eine gefährliche Operation an sich selbst vorgenommen. TU. Kopenhagen, 10. April. Sich selbst durch höchste Geistesgegenwart das Leben gerettet hat hier der 63jährige Hafenworarbeiter Hansen, dem beim Verzehren seines Nachtmahls Speise in die Luftröhre geriet, so daß er dem Erstickungstode nahe war. Geistesgegenwärtig brachte er sich dicht unterhalb der Stelle, wo der Bissen steckengeblieben war, mit einem Taschenmesser drei tiefe Halsschnitte bei, wodurch es ihm gelang, wieder Luft zu bekommen. Bald darauf wurde er von einem Arbeiter aufgefunden, der sofort das Rettungsamt benachrichtigte. Hansen wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo ihm einige Kanülen in den Hals eingebracht wurden. Sein Zustand gibt trotz starken Blutverlustes zu Befürchtungen keinen Anlaß. Die Aerzte sind voll von Bewunderung über die Geistesgegenwart Hansens und erklären, daß er genau die gleiche Operation an sich selbst vorgenommen hätte, wie es von ärztlicher Seite hätte geschehen müssen.

6. Bezirksparteitag in Oberschlesien

Hiermit berufen wir den 6. Bezirksparteitag für Sonnabend, den 13. April, nachmittags 3 Uhr, und Sonntag, den 14. April, in Gleiwitz, im Lokal Kutsche, Gleiwitz-Petersdorf, Welczekstraße, ein.

Tagesordnung:

1. Der 6. Weltkongreß, die politische Lage und die Aufgaben der Partei. (Vertreter des Zentralkomitees.)
2. Bericht der Bezirksleitung. (Genosse Laugner.)
3. Ressortberichte — Org — Gewerkschaft — Kompol.
4. Anträge.
5. Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag.
6. Neuwahl der Bezirksleitung und der Revisionskommission.

Bezirksleitung Oberschlesien.

Arbeitersport

Handballserienspiele für den 14. April 1929.

Männer-B-Klasse:

9,00: 1. Abt. — Nordost, Eichenpark, Tiegel, Wallenburg P.
10,00: 1925 — 6. Abt., Oswitz, Lachmann, Bassallig
15,00: 5. Abt. — 1897, Oswitz, Schönfeld, Wallenburg A.
16,30: 7. Abt. — 8. Abt., Eichenpark, Flaschka, Quarg

Männer-C-Klasse:

15,15: Gandau — 4. Abt., Gandau, Mosig, Lichnock

Männer-D-Klasse:

9,30: Silesia — Dtsch.-Lissa, Stadion, Baum, Regahl
10,00: 1928 — 7. Abt. III, Stadion, Kirtzek, Grünig
14,00: 7. Abt. IV — 9. Abt., Eichenpark, Fabian, Krauß
15,00: 8. Abt. — 1925, Helmutwiese, Fischer, Ulbrich
15,00: 4. Abt. — Nordost, Lohewiese, Bräuer, Bergander

Erstgenannter Verein hat Platzbau.

Jugend-A-Klasse:

8,20: 6. Abt. — 7. Abt. 1. Jgd., Tschansch, Reichert, Flegel
14,00: Gandau — 4. Abt., Gandau, Mosig, Lichnock
15,15: 7. Abt. 2. Jgd. — 2. Abt., Eichenpark, Flaschke, Quarg

Jugend-B-Klasse:

10,00: 9. Abt.—Mochbern, Eichenp.-Pl., 7. Abt., Gasche, Groß-pietsch
10,00: 1897 — 5. Abt., Lohewiese, Müller, Scholz
15,00: Dtsch.-Lissa — Nordost 2. Jgd., Klein-Heidau, Hubrich, Zahn
16,20: Neukirch — 8. Abt., Helmutwiese, Fiescher, Ulbrich

Sportlerinnen-A-Klasse:

9,40: Nordost — 4. Abt., Oswitz, Rausch, Schiewek
16,15: 3. Abt. — Wratislawia, Oswitz, Schönfeld, Wallenburg

Sportlerinnen-B-Klasse:

15,30: Freiheit — 3. Abt., Oswitz, Rausch, Schiewek
10,45: Silesia — Einigkeit, Stadion, Keusch, Neumann
16,15: Dtsch.-Lissa — 4. Abt., Klein-Heidau, Hubrich, Zahn
16,15: 2. Abt. — VfL., Lohewiese, Bräuer, Bergander.

Erstgenannter Verein hat Platzbau.

daß neben der Wirtschaft selbst der deutsche Schlichter begreift, welche Verantwortung ihm angesichts des gänzlichen Versagens der Gewerkschaften zufällt, und daß es in strittigen Fällen das beste ist, die Verantwortung vor aller Oeffentlichkeit den Parteien zuzuschieben oder es im äußersten Notfalle dem Reichsarbeitsminister zu überlassen, den harten Notwendigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage unter Einsatz seiner politischen Verantwortung Geltung zu verschaffen. Wenn heute die Reichspost, die Reichsbahn, der Staat, der Bergbau, die Industrie, die Landwirtschaft mit unerschütterlichen Wirtschaftsgründen in gemeinsamer Abwehr gegen die aggressive gewerkschaftliche Einsichtslosigkeit stehen, sollte diese vielsagende Tatsache nicht deutlich genug dafür sprechen, daß die Belastungsgrenzen der deutschen Wirtschaft aus sozialpolitischen Motiven erreicht ist und ohne ernste Folgen nicht überschritten werden kann?"

Wissell, die Koalitionsregierung und ihre Schlichter haben dieses Lob des größten deutschen Scharfmacherblattes vollauf verdient. Denn seit Wissells Amtsantritt sind noch viel arbeiterfeindlichere Schiedssprüche gefällt worden, als selbst in der Zeit des Zentrumsministers Brauns. Wissell hat seinen Schlichtern die Anweisung gegeben, höchstens denjenigen Zeitlohnarbeitern einige Pfennige Lohnerhöhung zuzusprechen, die den niedrigsten Lohn haben. Demnach wird verfahren. Die gefällten Schiedssprüche bringen meist für 80—85 Prozent der Arbeiter keinen Pfennig Lohnerhöhung. Hilferding als direkter „Arbeitgeber" der Reichs- und Postarbeiter will überhaupt keinen Pfennig Lohnerhöhung bewilligen.

Infolge der Wissellschen Lohnpolitik, die von dem ganzen Heer der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer durchgeführt wird, erhielten die Arbeiter bei den letzten Lohnabschlüssen nicht einmal einen Ausgleich für die beträchtlich gestiegenen Lebenshaltungskosten. Zu gleicher Zeit machen die Unternehmer unerhörte Riesengewinne. Nachdem beispielsweise die Wuppertaler Textilarbeiter, soweit sie im Zeitlohn arbeiten, mit 2 Pfennigen Lohnerhöhung abgespeist sind, veröffentlichen die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G., Elberfeld, daß sie auch in diesem Jahr 18 Prozent Dividende verteilen werden. Ein faulenzender Aktionär, der Aktien im Nennwert von 100 000 Mark besitzt, bezieht daraus allein an Dividende ein jährliches Einkommen von 18 000 Mark, ein Betrag, von dem zehn Textilarbeiterfamilien leben müssen. Aehnlich hohe Dividenden

Bücher und Zeitschriften

ENDE APRIL ERSCHEINT:

W. I. LENIN

Die Periode der „Iskra"

SÄMTLICHE WERKE, BAND IV, 2. HALBBAND

Dieser Halbband enthält die wichtigsten Artikel und Dokumente der Zeit von 1901 bis Anfang 1902, u. a. auch die berühmte und für die weitere Entwicklung der russischen Partei entscheidende Schrift „Was tun?"

AUS DEM INHALT:

Der Kampf gegen die Hungernden / Auslandsangelegenheiten. Zuchthausverordnungen und Zuchthausurteil / Innerpolitische Rundschau — Die Hungersnot — Das Verhalten zur Krise und zur Hungersnot — Das dritte Element / *Unterhaltung mit den Verteidigern des Oekonomismus / Politische Agitation und „Klassenstandpunkt" / „Was tun?"* — Dogmatismus und „Freiheit der Kritik" — Spontaneität der Massen und Zielbewußtheit der Sozialdemokratie — Trade-unionistische und sozialdemokratische Politik — Die Handwerkerei der Oekonomisten und die Organisation der Revolutionäre — Der „Plan" einer allgemeinen russischen politischen Zeitung usw.

Subskriptionseinladung

Um jedem Arbeiter die Anschaffung dieses besonders wichtigen Bandes zu erleichtern, legen wir auch diesmal wieder eine Subskription auf, die bis 30. April läuft. Bei Bestellung und Bezahlung bis zu diesem Termin kostet

Volksausgabe ..... broschiert 3,85 M
Leinen gebunden 5,60 M
Buchhandelsausgabe broschiert 4,80 M
Engl. Doppelleinen gebunden 7,30 M

Nach dem 30. April erhöht sich dieser Preis um etwa 30 Proz. Wie die früher erschienenen Bände XIII, XX und IV 1 der Gesammelten Werke Lenins ist auch dieser Band in sich abgeschlossen und kann einzeln bezogen werden. Jeder Kolporteur, Litobmann und jede Buchhandlung nimmt die Bestellung an

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
WIEN VIII BERLIN SW 61

Soeben erschien das Buch: „Vom weißen Kreuz zur roten Fahne", von Max Hoelz. Es enthält Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse. 409 Seiten stark, zahlreiche Bilder. Preis kartoniert 2,80 M, in Leinen 4,80 Mark.

Grammophonplatten

sind neu eingetroffen.

Wir liefern gegen Nachnahme:

Aufnahme des russischen Balalaikaorchesters ISKRA

A 1. Erdrosselt in der Verbannung (Lenins Lieblingslied
Am Flüßchen . . . . . 3 M
A 2. Lied der Wolgaschlepper . . . . . .
Russische Lieder . . . . . 3 M
A 3. Marsch der Roten Armee . . . . . .
Die Internationale . . . . . 3 M
A 4. Ukrainisches Potpourri I . . . . . .
Ukrainisches Potpourri II . . . . . 3 M
A 5. Es scheint der Mond . . . . . .
Beim Kienspan . . . . . 3 M
A 6. Russische Lieder . . . . . .
Marsch aus dem Ballett Konjuk . . . . . 3 M

B. Aufnahmen des russischen Balalaikaorchesters ISKRA und der Schalmeienkapelle des RfB. Berlin:

B 1. Erdrosselt in der Verbannung (Balalaika) . . . . .
Warschawjanka (Schalmeien) . . . . . 3 M
B 2. Lied der Wolgaschlepper (Balalaika) . . . . .
Brüder zur Sonne (Balalaika) . . . . . 3 M
B 3. Am Flüßchen (Balalaika) . . . . . .
Wir sind die erste Reihe (Schalmeien) . . . . . 3 M
B 4. Beim Kienspan (Balalaika) . . . . . .
Die Rote Fahne (Schalmeien) . . . . . 3 M
B 5. Russische Lieder (Balalaika) . . . . . .
Brüder zur Sonne (Schalmeien . . . . . 3 M

C. Aufnahme der Roten Raketen:

C 1. Roter Raketenmarsch . . . . . .
Riggersong . . . . . 3,50 M
C 2. Dubinuschka . . . . . .
Gaslied . . . . . 3,50 M

Proletarische Literaturvertriebsstelle Oberschlesien
Artur Wyschka, Hindenburg OS., Scheckeplatz 12.

und

Breslau, Feldstraße 50.

1. Mai

Kampfaufmarsch gegen Trustbourgeoisie und Sozialfaschismus — für Sowjetunion und Sieg des Sozialismus auf der ganzen Welt

Breslau

An die falsche Adresse

Wir lesen in der vorgestrigen „Volkswacht" folgendes Eingesandt:

Die Osterbeihilfe

In der letzten Stadtverordnetenversammlung vor Ostern ist ein Antrag angenommen worden, den vom Wohlfahrtsamt betreuten Erwerbslosen eine Osterbeihilfe zu bewilligen, was auch geschehen ist. Ich wollte daher bescheiden anfragen, warum wir, die wir unsere Unterstützung monatlich vom Pfleger erhalten, in den Schatten gestellt werden und uns die Beihilfe entzogen wird. Ich wollte den hochwohllöblichen Magistrat bitten, uns doch auch das Recht anerkennen zu wollen, da wir von unserer monatlichen Unterstützung noch die Miete bezahlen müssen. Was bleibt da noch zur Ernährung und Bekleidung? Einer für Alle.

Der sich betrogen fühlende Unterstützungsempfänger hat sich an die falsche Adresse gewendet, wenn er seine berechtigten Klagen in die „Volkswacht" gibt. Die „Volkswacht" ist das Blatt der Partei, deren Fraktion im Stadtparlament einen kommunistischen Antrag wegen Gewährung einer Osterbeihilfe für alle Hilfsbedürftigen so abgewürgt hat, daß ein elendes Kompromiß übrig geblieben ist, so daß eine ganze Reihe von Gruppen von Unterstützungsempfängern leer ausgegangen ist. Wir wünschen nur, der Arbeiter hätte jenen Stadtverordnetensitzung beigewohnt, in welcher der Sprecher der SPD., Herr Pietsch, mit verlogenem Pathos davon sprach, daß die SPD. aus dem kommunistischen „Agitationsantrag" etwas „Brauchbares" gemacht habe. Wie das „Brauchbare" in Wirklichkeit aussieht, das zeigt auch dieses „Eingesandt" in der „Volkswacht".

Eine „Hellseherin" hat Stolberg-Visionen

Bei einer Hotelrevision wurde eine Frau festgenommen, die sich Aurelie Töpfer nannte, aber keinerlei Papiere besaß. Es wurde festgestellt, daß es sich um eine Frau Straß aus Altona handelt, die eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen hat. Die Festgenommene ist auch unter verschiedenen Namen — so nannte sie sich u. a. Frau Dr. Walter — als „Hellseherin" aufgetreten. Den Krims, die sie festnahmen, erzählte sie, daß ihr der ermordete Graf Stolberg soeben als Vision erschienen sei und sie um Hilfe angefleht hätte.

Krawall in einer Weinstube

In den Rückforth-Weinstuben auf der Gartenstraße entstand gestern Nacht eine Prügelei, die so großen Umfang annahm, daß das Ueberfallkommando der Polizei alarmiert wurde, welches mit einem Auto anrückte.

Wieder ein Selbstmord

Der Kaufmann F. B. wurde in seinem Zigarrengeschäft auf der Weidenstraße tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Leuchtgasvergiftung vor.

Einbruch bei Schwarz-Rot-Gold

In der Nacht zum Mittwoch drangen Einbrecher in die Büroräume des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Hause Ohlauer Straße 68 ein und entwendeten 38 Mark Bargeld.

Wieder ein Riesenprozeß

Die Verhandlung gegen den Kaufmann Molinari und Genossen wegen Betruges pp. beginnt am 17. Juni vor dem Erweiterten Schöffengericht. Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von 14 Tagen.

Ladenbrand. Gestern kurz vor 3 Uhr wurde die Feuerwehr nach Moltkestraße 6 alarmiert. Auf unermittelte Weise war in einem Kurzwarengeschäft ein Regal mit Stoffen und Packmaterial in Brand geraten. Um in den Laden eindringen zu können, mußte ein Schutzgitter gewaltsam geöffnet und die Glasscheibe der Eingangstür eingedrückt werden; sodann wurde das Feuer mit einer Schlauchleitung gelöscht. Es soll Brandstiftung vorliegen.

Gefunden: 1 Herrenfahrrad (Achilles 45742), 1 Damenarmbanduhr (Tulasilber), 1 kleine blaue Geldtasche mit 1,10 Mk., 1 braune Aktentasche (Inhalt: 1 Paar Uebergamaschen und 1 Buch), 1 Pferdedecke (Leinen), 1 rotes Inlett mit Bettfedern, 3 Schirme, 1 altes Fahrrad (schwarzer Rahmen, gelbe Felgen) bei Schuder, Ohlauer Straße 45 b, 1 schwarze Tasche mit einem Paar Handschuhen, 1 leeres Portemonnaie mit einem goldenen Trauring, 2 Bund Schlüssel, 1 Hundemaulkorb, 1 Herrenfahrrad (Exzelsior 127 471), 1 Brillantring, 1 Brillantbrosche, Fünfzig Mark im Geschäft Stiebler, Alsenstraße 83/85, 1 gelbe Perlenkette, 1 grüner Lodenmantel, 1 goldener Ohrring, 1 Reisedecke mit schwarzem Schaffell.

Zugelaufen: 1 Rehpinscher bei Böhm in Bischofswalde, Frau-Holle-Weg 10, 1 Dackel bei Zaucke, Rehdigerstraße 25, 1 hellgelber Windhund, 3 Schäferhunde, 1 kleiner dunkler Hund und 1 Bastardhund bei Fischer, Pöpelwitzstraße 89, 1 großer brauner Hund bei Fleischer, Hundsfelder Chaussee 91.

Gestohlen wurden: Am 8. 4. gegen 16,30 Uhr einem Speditionskutscher in der Karlstraße ein Stückgut, enthaltend 20 Stück graue Schlafdecken mit blauen Streifen und 12 Stück Leinwand-Strohsäcke. — Ferner am 30. 3. gegen 18,30 Uhr auf der Feldstraße vor dem Grundstück Nr. 25 einem Speditionskutscher vom Wagen ein Stückgut, enthaltend ein Nivellierinstrument (Feldmesserapparat) mit Kippschraube und Libellenspiegel nebst Dosenlibelle.

Arbeitersport

Für den Geländelauf der Freien Sportvereinigung „1897" am Sonntag, dem 21. April, in der Loheaufforstung ist der Meldeschluß auf den 14. April gelegt worden. Nennungen zu den Läufen: Jugend bis 16 Jahre 1500 Meter, 16—18 Jahre 1500 und 3000 Meter, Sportlerinnen und Schüler 600 Meter sowie Männer 1500, 3000 und 5000 Meter sind baldigst an H. Filor, Gräbschener Straße 84, einzusenden. Die drei ersten einlaufenden Läufer eines Vereins oder Abteilung werden als Mannschaft gewertet.

Arbeitersportkartell Breslau e. V. Massen-Freiübungen zum Reichs-Arbeiter-Sporttag. Die ersten Uebungsstunden der Techniker sämtlicher Kartellvereine und Abteilungen finden wie folgt statt: Schüler und Schülerinnen: Sonnabend, 13. April, 19 Uhr in der Turnhalle Steinstraße. Erscheinen muß der Leiter jedes Vereins bzw. Abteilung mit 2 Schülern oder Schülerinnen. — Jugend und Männer: Sonnabend, 13. April, 20.30 Uhr in der Turnhalle Steinstraße. Sämtliche Turnwarte, Vorturner, Sportleiter usw. müssen antreten. — Sportlerinnen: Sonntag, 21. April, 9 Uhr (vorm.) in der Turnhalle Liegnitzer Straße für alle Leiter, Vorturner, Vorturnerinnen usw. Alle Freiübungen werden nach Musik geübt. Da dieses Jahr die Freiübungen der Sportlerinnen und der Jugend und Männer getrennt vorgeführt werden, müssen die Techniker für vollzähliges Antreten sorgen, um wirklich Massen-Freiübungen zu bieten. Werden die Sportlerinnen an Zahl die Jugend und Männer überflügeln?

Arbeiter-Turn- und -Sportbund, 14. Kreis, 4. Bezirk. Sonntag, den 14. April, findet in Dittersbach eine Bezirksleiterstunde statt. Anfang 8 Uhr, anschließend Sitzung. Vereine, die im Besitz von Medizinbällen sind, möchten diese mitbringen. Alle Turn-, Schwimm- und Fußballvereine müssen vertreten sein. Wir müssen u. a. zu unserem Bezirkswerbelauf, der am 2. Juni stattfindet, Stellung nehmen.

Weißstein. Am Sonntag, dem 14. April, werden wiederum drei interessante Spiele in der 1. Gruppe des 4. Bezirks ausgetragen. Die Spiele der A-Klasse steigen alle um 15.20 Uhr, und zwar in Waldenburg: Sportfreunde Waldenburg gegen Sandberg; in Weißstein: Weißstein gegen Freiburg; in Dittersbach: Dittersbach gegen Nieder-Salzbrunn. Vorher spielen noch die niederen Klassen und die Jugenden. Zirlau ist an diesem Tage spielfrei. Vorläufiger Stand der Serie: Zirlau, Sandberg, Weißstein mit je drei Spielen 4 Punkte; Waldenburg mit zwei Spielen 3 Punkte, Freiburg mit drei Spielen 3 Punkte; Dittersbach und Nieder-Salzbrunn mit je zwei Spielen 0 Punkte. — Ein Radiovortrag mit Filmvorführung findet im Bürgerheim für die Arbeitersportler und Interessenten am 14. April um 19 Uhr statt.

Mord in der Neudorfstraße

Gestern nachmittag wurde Neudorfstraße 58 ein Mord, verbunden mit Brandstiftung, aufgedeckt. Im vierten Stock des Hinterhauses wurde in der Wohnung des Stellmachers Franzke dessen 22 Jahre alte Tochter, die Verkäuferin Elfriede Franzke, in ihrem Bett erdrosselt aufgefunden. Die Wohnung war in Brand gesetzt worden.

Als die Feuerwehrleute die Tür einschlugen und in die vollkommen verqualmten Räume eindrangen, bot sich ihnen ein furchtbarer Anblick. Im Wohn- und Schlafzimmer der Eltern brannte die Einrichtung an verschiedenen Stellen. Die Betten und das Sofa waren bereits völlig verkohlt. In dem angrenzenden Kabinett fand man in dem unteren der zwei übereinander stehenden Betten die älteste Tochter Elfriede mit einem weißen Tuchstreifen um den Hals tot auf.

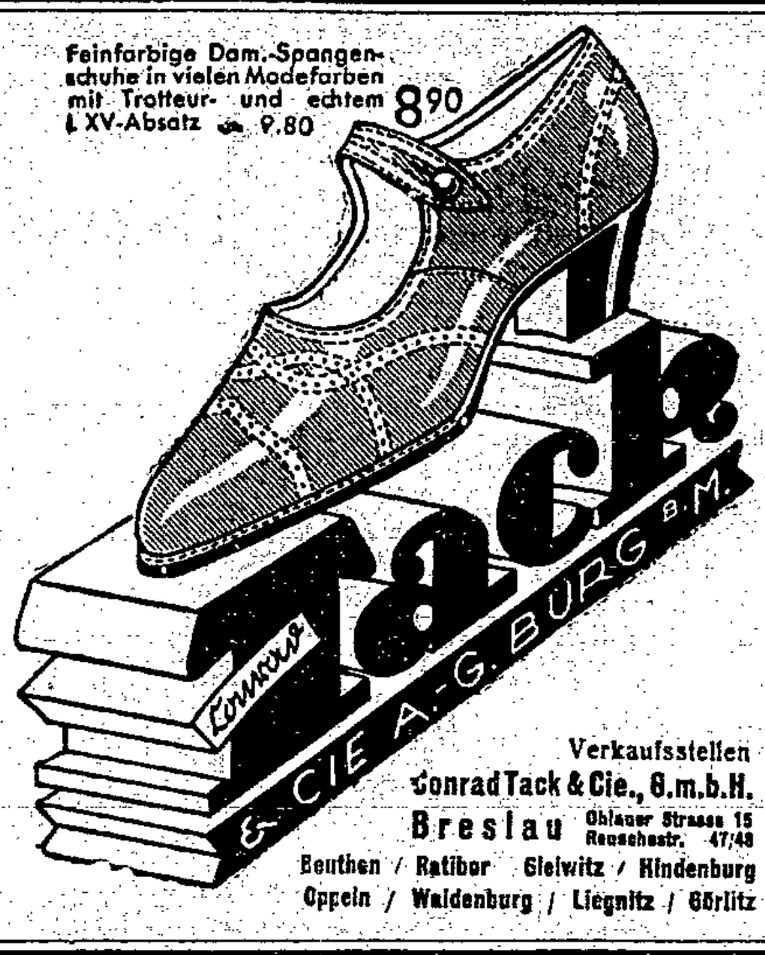
Der Tat dringend verdächtig ist die 52jährige Stiefmutter der Ermordeten, Anna Franzke, geb. Schöpke. Sie hat vormittags gegen 7.30 Uhr das Haus verlassen und ist flüchtig. Die Tat geschah wahrscheinlich schon gegen 7 Uhr früh. Das Motiv ist vermutlich in einer schon lange bestehenden Feindschaft zwischen Frau Franzke und ihrer Stieftochter zu suchen. Während der Tat weilten der Vater und die drei Geschwister der Ermordeten außer Hause.

Wir erfahren zu der Mordtat noch folgendes: Der Stellmacher Franzke hat seine jetzige Frau im Jahre 1920 geheiratet. Aus dieser zweiten Ehe stammt nur das jüngste Kind. Schon in den ersten Jahren nach der Verheiratung kam es zwischen F. und seiner Frau oft zu erregten Auftritten, weil die Frau ihre drei Stiefkinder sehr schlecht behandelte. Besonders unter den Mißhandlungen zu leiden hatte die älteste Tochter Elfriede, da diese infolge ihres Alters die ständigen Beschimpfungen nicht widerspruchslos hinnahm. Am Donnerstagmorgen war von kurze Zeit nach 7 Uhr ab Elfriede mit der Stiefmutter allein in der Wohnung. Der Vater, die Schwester Klara und der Bruder Gerhard waren bereits in den Dienst gegangen. Sonderbarerweise hatte Frau Franzke auch den achtjährigen Werner schon kurz nach 7 Uhr weggeschickt, obwohl er erst um 8 Uhr in der Schule zu sein braucht. Als die Kinder mittags um 14 Uhr heimkehrten, fanden sie bereits die Feuerwehr bei der Arbeit. — Von der Mutter war keine Spur mehr zu finden.

Der Untersuchungsbefund lautet dahin, daß der Mord morgens zwischen 7 und 8 Uhr begangen sein muß.

Nach der Lage der Leiche zu urteilen, ist das Mädchen im Stehen angefallen und gewürgt worden. Nachher wurde sie auf das Bett geworfen.

Nach der Aussage von Flurbewohnern sind kurz vor 7.30 Uhr Schreie vernehmbar gewesen. Da es ja aber öfters zu Auftritten in der Wohnung kam, schöpfte man weiter keinen Argwohn. Kurz vor 8 Uhr erschien Frau Franzke bei Nachbarsleuten und erbot sich, Fleisch für die Familie mit einzukaufen.



Mittelschlesien

Strehlen

Am Sonnabend, dem 13. April, um 19,30 Uhr bei Wende, „Stadt Breslau"

öffentliche Versammlung

Referent: Scholz-Breslau, Gauführer des RFB. Um 19 Uhr Antreten am Reitplatz zur Demonstration. Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint in Massen. — KPD. und RFB., Ortsgruppe Strehlen.

Weidenhof

Zu dem Artikel „Der geschäftstüchtige Pfarrer von Weidenhof" in Nr. 79 geht uns unter Berufung auf das Pressegesetz folgende Berichtigung zu:

„Es ist unwahr, daß Herr Schütze erst seit 2. 1. 29 den Pachtzins nicht entrichtet hat, wahr ist vielmehr, daß er ihn bereits seit 1. 10. 28 schuldig geblieben ist.

Es ist unwahr, daß Herr Schütze nicht schriftlich gemahnt worden ist, wahr ist vielmehr, daß er wiederholt gemahnt wurde, da er seit 1. 10. 26 auch nicht ein einziges Mal den Pachtzins zum Fälligkeitstermin entrichtet hat, sondern meist viel später.

Es ist unwahr, daß Herrn Schütze die Pacht entzogen worden ist, weil er als ein Pächter galt, der in religiösen Dingen „unsicherer Kantonist" sei, und von den „Heiligwahrheiten" der Kirche nichts wissen wolle, wahr ist vielmehr, daß auch 6 nichtkatholische Stellenbesitzer Pfarracker zu pachten erhalten haben und Herr Schütze sich vor der Neuverpachtung wiederholt geäußert hat, daß er auf den Pfarracker verzichte.

Hochachtungsvoll

Nonnast, Pfarrer.

So weit die Berichtigung. Wir können im Augenblick nicht nachprüfen, ob es den Tatsachen entspricht, daß auch die Oktoberpachtrate noch rückständig ist. Aber selbst wenn das der Fall wäre, wird an den Dingen selbst nicht viel geändert. — Wir haben nicht behauptet, daß der Pächter bei früheren Anlässen nicht schriftlich gemahnt worden ist, unsere Behauptung bezog sich nur auf die noch restierende Pachtschuld, und darüber sagt Herr Nonnast in seiner Berichtigung nichts. Er ist uns auch den Beweis dafür schuldig geblieben, daß die Kündigung nicht darum erfolgt ist, weil der Pächter von der Kirche als religiös „unsicherer Kantonist" betrachtet wird. Die Ausführungen des Pfarrers, daß auch Nichtkatholische Pfarracker gepachtet haben, besagt da nichts. Denn diese Pächter sind wahrscheinlich geduldige Leute, die der Kirche gegenüber nicht aggressiv werden. Wohlweislich hat es Pfarrer Nonnast auch unterlassen, auf unsere Kennzeichnung der würgerischen Vertragsbestimmungen einzugehen. Er könnte das auch nicht, denn die Geschäftstüchtigkeit der Kirche ist dort schwarz auf weiß, fein säuberlich in Paragraphen gebracht, dokumentiert. Diese Geschäftstüchtigkeit wird durch keine „Berichtigung" aus der Welt geschafft.

Achtung, Arbeiter des Ohlauer Tors!

Am Sonnabend, dem 13. April, findet ein Platzkonzert des Blasorchesters der Abteilung 3 des RFB. von 19—21 Uhr an der Tauentzienstraße, Ecke Vorwerkstraße statt. Auf fordern die Arbeiter auf, zahlreich zu erscheinen.

Arbeiter des Südens!

Freitag 19 Uhr Platzkonzert der 6. Abteilung des RFB. Hohenzollern-, Ecke Gräbschener Straße.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau

— Stadtteil Süd. Sonntag 9 Uhr Hauspropaganda bei Berger, Sedan-, Ecke Neudorfstraße. Alles muß erscheinen.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

— West. Sonntag 8,30 Uhr Antreten am Striegauer Platz zur Landpropaganda.

— Nord. Die Funktionärsitzung findet nicht Freitag, sondern Sonnabend bei L. H., Kreuzstraße 36, statt.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau

— Freitag 20 Uhr Leitersitzung im Lokal Wagner, Messergasse 34.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau

— Abt. 3. Freitag und Sonnabend tritt die Abteilung um 18 Uhr am Waterlooplatz zu den Platzkonzerten an, pünktlich 18.30 Uhr Abmarsch. Kapelle vollzählig. Jeder Gruppenführer ist mit seinen Leuten zur Stelle.

— Abt. 3. Das Platzkonzert auf dem Blücherplatz fällt aus, da keine polizeiliche Genehmigung. Dafür Sonnabend Wedekindplatz. Die Abteilung tritt um 18 Uhr am Waterlooplatz vollzählig an.

— Abt. 4. Sonntag 7 Uhr alles am Striegauer Platz antreten, einschließlich der Kameraden mit Rädern. Sonnabend 19 Uhr Platzkonzert am Blücherplatz.

— Abt. 6. Sonnabend 19 Uhr Uebungsstunde der Kapelle bei Sauer. — Sonntag 10 Uhr Antreten der gesamten Abteilung mit Kapelle bei Sauer. Erscheinen aller ist Pflicht.

Altwasser. Freitag 19 Uhr im „Eisernen Kreuz" Kameradschaftsabend.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Breslau

— Agitprobtruppe fällt heute abend aus, dafür Dienstag eine halbe Stunde früher.

— Sonntag Landpropaganda. Treffpunkt pünktlich 8 Uhr Underssenstraße 1.

Rote Jungfront

Breslau

— Funktionärsitzung am Freitag fällt aus.

Waldenburg. 1. Abteilung. Freitag 19 Uhr Kameradschaftsabend in der „Stadtbrauerei", Waldenburg. Erscheinen eines jeden Kameraden ist Pflicht.

Sonstige Organisationen

Freiburg. Freireligiöse Gemeinde. Freitag 20 Uhr im „Kronprinz" öffentlicher Vortrag des Gesinnungsfreundes Fr. Peter, Leipzig. Alle Parteigenossen, Dissidenten sowie der Verband der Freidenker für Feuerbestattung sind eingeladen.

Weißstein. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Sonntag 9 Uhr Monatsversammlung im Feuerwehrdepot. Ausweis mitbringen!

Gottesberg. Oberes Revier. Freie Elternvereinigung. Sonntag 19 Uhr bei Gastwirt Hildebrandt, Landeshuter Straße, Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahl usw. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

50 Pfennig eine Reise nach

Berlin

die Sinfonie der Großstadt

Treffpunkt um 5 und 8 Uhr in den

Gewerkschaftshaus-Lichtspielen

Ferner der Filmroman:

Der Sohn der Hagar

Jugendlichen und Kindern gestattet.

Waldenburger Bergland

Reformismus führt ins Verderben

Ein Schreiben an den Kontrollausschuß der Bergbauindustriearbeiter

Der Genosse Blewald, der, ohne daß ihm eine Verteidigungsmöglichkeit gegeben wurde, durch einen Beschluß des Hauptvorstands aus dem Verband der Bergbauindustriearbeiter ausgeschlossen wurde, hat nunmehr bei dem Kontrollausschuß Einspruch gegen seinen Ausschluß erhoben. Der Einspruch lautet:

Unter dem 5. März richtete der Hauptvorstand an die Zahlstelle Weißstein ein Schreiben, in dem der Ortsverwaltung der Beschluß des Hauptvorstands auf meinen Ausschluß mitgeteilt wird. Gegen diesen Beschluß erhebe ich hiermit Einspruch.

Als Begründung führe ich an:

Es ist richtig, daß ich verantwortlicher Redakteur der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung" bin. Ich bin stolz darauf, diese Funktion im Interesse der deutschen Arbeiter und nicht zuletzt der Waldenburger Bergarbeiter ausfüllen zu dürfen. Es ist aber nicht wahr, daß ich „wiederholt verbandsschädigende Artikel geschrieben" habe, wie dies in der Begründung meines Ausschlusses behauptet wird. Der Hauptvorstand führt keinen Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung an. Er weist lediglich auf einen Artikel hin, und zwar auf einen in Nummer 33 vom 8. Februar 1929 in der „Arbeiter-Zeitung" erschienenen, wobei er nicht einmal den Titel des Artikels nennt. Als besonders verbandsschädigend stellt der Vorstand die Aufforderung hin, „kommunistische Betriebsratskandidaten, gemeinsam mit den Unorganisierten," aufzustellen. Als weiterer Ausschlußgrund wird angeführt, ich sei kein Bergmann und halte meine Mitgliedschaft im Verband nur aufrecht, „um als kommunistischer Angestellter Verbandsschädigungen begehen zu können".

Ich will zu den angeführten Ausschlußgründen im einzelnen Stellung nehmen:

1. Als ich in den Verband eintrat, war ich Schlepper auf der Gustavgrube in Rothenbach, Kreis Landeshut. Meinen Eintritt habe ich im Herbst 1919 vollzogen, einige Tage nachdem ich zum ersten Male in meinem Leben Grubenarbeit annahm. Als ich einige Jahre später von meiner Partei an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" geschickt wurde, hielt ich meine Mitgliedschaft im Verband aufrecht, wie es in der Regel alle aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Angestellten und auch Staatsmänner zu tun pflegen. Severing, dessen Name in der Arbeiterschaft berüchtigt und dessen Rolle bei der Aussperrung der Hüttenarbeiter bekannt ist, ist nach wie vor Mitglied des Verbandes. Wissell, dessen Schlichtungspraxis die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft abwürgt, und der somit praktisch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter verhindert, ist ebenfalls nach wie vor Mitglied des Verbandes. Ich aber werde ausgeschlossen. Weshalb?

2. Der angezogene Artikel in der Nummer 33 der „Arbeiter-Zeitung" ist vermutlich der Artikel unter dem Titel „Vor der Betriebsratswahl im Waldenburger Bergbau". In diesem Artikel sind keine Unwahrheiten enthalten. Es ist darin lediglich ein Fehler insofern enthalten, als nicht der Betriebsrat der Davidgrube, sondern der der Segengottesgrube mit dem Betriebsrat der Fuchsgrube zusammengelegt werden sollte (und in der Zwischenzeit auch zusammengelegt wurde). In dem Artikel heißt es sehr richtig:

„... Dabei müßte gerade die Betriebsratswahl nicht in geheimen Funktionärkonferenzen, sondern vor dem breitesten Forum der organisierten und unorganisierten Arbeiter besprochen werden, da doch die Betriebsräte nicht der reformistischen Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes und nicht dem Unternehmertum, sondern einzig und allein den Belegschaften zu dienen haben."

Am Schluß des Artikels heißt es dann:

„Bergarbeiter, laßt euch nicht kraftlose sozialdemokratische Jasager als Betriebsräte aufbinden! Entscheidet selbst in Belegschaftsversammlungen, wer die Eigenschaft hat, Betriebsrat zu werden! Wählt nur energische, klassenbewußte Kollegen zu Betriebsräten!"

Die angeführten Zitate zeigen, daß die Behauptung des Hauptvorstands nicht den Tatsachen entspricht. Eine Arbeiterorganisation, die ehrlich die Interessen der Arbeiter wahrnehmen und an der Errichtung des Sozialismus mitwirken will, muß auf dem Prinzip der proletarischen Demokratie aufgebaut sein. Der Appell an die Belegschaften, selbst über die Aufstellung der Kandidaten zu entscheiden, lag also durchaus im Interesse der Bergarbeiter und war keinesfalls verbandsschädigend.

3. Zu der Behauptung des Hauptvorstandes, die Schreibweise der „Arbeiter-Zeitung" sei wiederholt verbandsschädigend gewesen, kann ich im einzelnen nicht Stellung nehmen, weil der Hauptvorstand keinerlei Beweise anführt. Ich weiß aber besser als der Hauptvorstand, daß die Schreibweise der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung" stets im Interesse der Bergarbeiter lag und niemals verbandsschädigend gewesen ist.

Die reformistische Politik des Vorstandes führt die Arbeiterschaft ins Verderben. Die Interessen der deutschen Wirtschaft, das heißt der Kapitalisten, sind dem Hauptvorstand wichtiger als die Interessen der Bergarbeiterschaft. Deshalb versucht er, Streiks zu vermeiden, deshalb befiehlt er den Bergarbeitern, sich jedem Hungerschiedsspruch zu unterwerfen, deshalb unterstützt er mit allen Mitteln die arbeiterfeindliche Politik der Sozialdemokratischen Partei, deshalb führt er den erbittertsten Kampf gegen die revolutionäre Opposition und die Kommunistische Partei.

Nicht ich, sondern der Hauptvorstand und die ihm treuergebenen Angestellten handeln verbandsschädigend. Nicht ich, sondern der Hauptvorstand und alle anderen reformistischen Angestellten des Verbandes müssen aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Mag der Kontrollausschuß entscheiden wie er will. Für mich sind die Interessen und das Urteil der Bergarbeiter maßgebend. Die Bergarbeiter werden dafür sorgen, daß die reformistische Leitung des Verbandes durch eine revolutionäre ersetzt und der Verband wieder zu einer Klassenkampforganisation gemacht wird. Die revolutionäre Gewerkschaftsorganisation wird den Bergarbeitern bei dieser Arbeit nach Kräften behilflich sein. Das deutsche Proletariat muß und wird auch mit den Feinden im eigenen Lager fertig werden, denn das ist die Voraussetzung zum Sturz des Kapitalismus und zum Ausbau des Sozialismus.

Untertarifliche Bezahlung und Ueberschichten auf der Fuchsgrube

Die Folge der reformistischen Politik des Bergarbeiterverbandes wird treffend durch folgende Arbeiterkorrespondenz aus der Fuchsgrube illustriert:

Laut Tarif soll der Hauermindestlohn und Durchschnittslohn ab 1. April um zehn Pfennige erhöht werden. Man kann auch auf der neuen Abschlagstabelle ersehen, daß die Abschlagszahlung auf zwanzig Pfennige pro Schicht erhöht worden ist. Also es bekommt jetzt der Arbeiter am Abschlag zugelegt und am Lohntag — abgezogen. Bis jetzt sind viele Arbeiter unter dem Tarifdurchschnittslohn bezahlt worden, und der Durchschnittslohn ist nur durch die vielen Ueberschichten aufgebracht worden. Vor einigen Wochen wurde mit den Betriebsräten wegen Herausarbeiten der Feiertage verhandelt, um Förderbelschichten zu verfahren. Das lehnten die Betriebsräte ab. Daraufhin bestellten die Steiger viele Arbeiter, welche Sonnabend Frühschicht haben, zu einer zweiten Schicht am selben Tage. Man kann nur staunen, daß es noch Arbeiter gibt, die solche Doppelschichten verfahren, dies sind meistens gut organisierte SPD.-Arbeiter. Das alles ist der „Erfolg" unseres letzten Lohnkampfes.

Oberes Revier

Genossen, am Sonntag heraus! Sonntag, den 14. April, 18 Uhr, findet im Gottesberger Schützenhaus (kleiner Saal) eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Verpflichtet zum pünktlichen Erscheinen sind alle Parteigenossen und -genossinnen sämtlicher Straßenzellen (Gottesberg, Ober-Hermsdorf, Fellhammer, Alt-Lässig), ferner alle Kameraden des RFB., der Roten Hilfe, alle Genossinnen des RFMB., alle Kameraden des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und die Genossen der KJ. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Referent anwesend.

Gottesberg. Achtung, Bergarbeiter! Sonntag, den 14. April 1929, 9 Uhr, im „Schützenhause" Mitgliederversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Die Kameraden werden besonders auf den in der letzten Versammlung beschlossenen Vortrag über „Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf weitere Berufskrankheiten" hingewiesen. Die Ortsverwaltung.

•

Landeshut

Reichhennersdorf. An alle Werktätigen! Am Sonnabend, dem 13. April, veranstaltet die Internationale Arbeiterhilfe im Gasthof „Bergfrieden" einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangen folgende Stücke: „Das Proletariermädchen", Schauspiel in drei Akten; „Feierabend", Volksstück, und „Stumpfsinn, du siegst", Groteske. Anfang 20 Uhr. Eintritt 60 Pfennig. Werktätige, erscheint in Massen!

Liebau. Die Arbeiter-Fußballer treten jetzt wieder in ihre Spielsaison und haben ihre diesjährigen Anfangskämpfe auswärts schon mit gutem Erfolg bestritten. Zwei spielstarke Mannschaften treten ins Feld und die Möglichkeit besteht, auch eine dritte Mannschaft aus der Jugend zu bilden. Wir fordern alle Freunde des Rasensports auf, auch in diesem Jahre wieder die Arbeiter-Fußballer zu unterstützen.

— Der jugendliche Mörder, der vor einigen Wochen in der Nähe Liebaus in Oppau festgenommen wurde, ist jetzt dem Jugendgericht in Görlitz überwiesen worden. Da er geistig für seine Tat nicht voll verantwortlich gemacht werden kann und erst 17 Jahre alt ist, so gilt für ihn die Höchststrafe von zehn Jahren Zuchthaus. In dem Dorfe Oppau, das durchweg katholisch ist, und wo ein Andersgläubiger als fremder Eindringling betrachtet wird, hat jetzt wiederum eine Bluttat stattgefunden, indem ein Bruder den andern erdolchte. Ein anderer Mord an einem jungen Breslauer, der vor der Mordtat an ihm noch mit den Dörflern Karten gespielt hatte, ist heute noch nicht geklärt. Dieses ruhmlose Dörfchen vatikanischer Weltbegriffe wird im Volksmunde das „Verbrecherviertel des Kreises Landeshut" genannt.

— Am 1. Mai läuft im hiesigen Kino der Film „Mutter", nach dem Buche des proletarischen Schriftstellers Maxim Gorki. Der Name des Verfassers des Buches und die alte Kunst der Darsteller in russischen Filmen verbürgen jedem Besucher einen Genuß. Jede Arbeiterfamilie müßte sich diesen Film ansehen.

Niederschlesien

Görlitz

Oeffentliche Versammlung

Freitag 20 Uhr, im Konzerthaus. Referent: Gauführer Scholz-Breslau. Arbeiter, Angestellte und Beamte, erscheint in Massen! RFB. Görlitz.

Stadtrat Nessel und der Erwerbslosenausschuß

Der Görlitzer Erwerbslosenausschuß sandte an das Arbeitsamt Görlitz folgendes Schreiben:

„Es erschienen heute die Erwerbslosen Wünschmann, Amberg, Schneider und beklagten sich, daß ihnen von dem Beamten Monden wegen einer berechtigten Aeußerung die Stempelkarte entzogen worden ist. Sie wurden unnötig von einer Dienststelle nach der anderen gejagt. Es geht nicht an, daß die Erwerbslosen für die Unwissenheit der dort diensttuenden Beamten hin- und hergejagt werden. Da überhaupt viel Erwerbslose sich über das ungebührliche Verhalten des Herrn Monden beschweren, ersuchen wir Sie, dem betreffenden Herrn klarzumachen, daß derselbe im Verkehr mit den Erwerbslosen höflicher zu sein hat. Ferner ersuchen wir Sie, dahin zu wirken, daß den drei Erwerbslosen die Stempelkarte zugestellt wird, damit selbige keine Einbuße erleiden."

Darauf antwortete Herr Stadtrat Nessel folgendes:

„Ein Erwerbslosenausschuß ist hier nicht anerkannt. Ich habe keine Veranlassung, auf Ihr Schreiben einzugehen, die betreffenden Erwerbslosen sind selbst in der Lage, ihre Angelegenheiten selbst zu vertreten. Gez.: Nessel."

Der von den Görlitzer Erwerbslosen selbst gewählte Ausschuß ist den Instanzen vom Arbeitsamt schon lange ein Dorn im Auge. Man will die Arbeit des Ausschusses sabotieren, indem man einfach schreibt, der Erwerbslosenausschuß sei nicht anerkannt. Nun, die Görlitzer Erwerbslosen stehen restlos hinter dem Ausschuß, da nützt auch das Geschrei so mancher SPD.-Bonzen nichts. Täglich erledigt der Ausschuß Arbeiten, die im Interesse der Erwerbslosen liegen. Trösten Sie sich, Herr Stadtrat Nessel, wenn Sie auch den Ausschuß nicht anerkennen wollen, so wird derselbe im Interesse aller Erwerbslosen trotzdem tätig sein. Nun erst recht!

Kein Bedürfnis?

Das Bedürfnishäuschen am Brautwiesenplatz ist seit einiger Zeit geschlossen. Warum wohl? Anscheinend ist in diesem belebten Stadtviertel die Bedürfnisanstalt nur zur Zierde da. Sollte etwa der Magistrat die Schließung aus Sparsamkeitsgründen vorgenommen haben? Sollte kein Geld für die Bedienungsfrau vorhanden sein? Die arme Stadt Görlitz, nicht mal für die Entlohnung einer Reinemachefrau ist Geld vorhanden! Die Anwohner des Brautwiesenplatzes fordern, daß dieser Skandal sofort beseitigt wird!

Ein siebenjähriges Mädchen verschwunden. Seit einigen Tagen ist das siebenjährige Mädchen des Arbeiters Bruno Matthens verschwunden. Man weiß noch nicht, ob das Kind beim Spielen an der Neiße oder an einer Lache ins Wasser gestürzt und ertrunken ist oder ob ein Verbrechen an ihm verübt wurde.

Niesky O.-L. Mit einem geborgten Motorrad fuhr der Arbeitslose Richard Riehle aus Collm gegen einen Baum und erlitt einen komplizierten Arm- und Beinbruch.

Kauffung

Am Karfreitag, dem 29. März, fand eine große Gewerkschaftsversammlung der Kalkarbeiter Kauffungs im „Grünen Baum" statt. Tagesordnung: Lohnbericht. 400 Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes waren erschienen. Es fehlte der Reformist und Vorsitzende der Ortsgruppe des Fabrikarbeiterverbandes. — Gewerkschaftsangestellter Stephan-Hirschberg eröffnete die Versammlung. Zuerst sprach Gauleiter Thieme-Breslau. Er schilderte den Gang der Lohnverhandlung und betonte die Hartnäckigkeit der Arbeitgeber zu der Forderung. Es wäre ihm nur möglich gewesen, für die Gruppe A 4 Pfennige pro Stunde prozentual zu erreichen. Das sei auch nur durch die Geschlossenheit der organisierten Arbeiterschaft von Kauffung erreicht worden. — Die Macht der Arbeiterschaft würde noch größer sein, wenn man auch die Indifferenten aufrütteln wollte. Das erreicht man aber nicht durch Verleumdungen, wie sie bei den Reformisten üblich sind.

Als die Versammlung geschlossen war, forderte Genosse Wilhelm Walprecht den Reformisten P. Bayer, jetzt Angestellter in Breslau, auf, Wort und Mann zu stehen, wegen der Gerüchte, die er aufgebracht hat. Er fragte ihn, wann und wo er ihm Essen und Hemd verabfolgt habe. Vor den 400 Anwesenden der Gewerkschaftsversammlung hat P. Bayer nicht Stange halten können. Trotzdem schreibt das SPD.-Sudelblatt frech: „Der Hieb hat gesessen!" — Ja, gesessen bei den Reformisten! Aber so sind diese Leute, erst wird geschwindelt, und wenn man sie zur Rede stellt, dann kneifen sie.

Lauban

Arbeitsmarktbericht. Nachdem am Anfang des Monats noch ein weiteres erhebliches Ansteigen der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen war, ging diese gegen Mitte des Monats durch einsetzende günstige Witterung von Woche zu Woche erheblich zurück, wovon fast alle Berufe betroffen wurden. Am Schlusse des Monats waren noch vorhanden: Arbeitsuchende: männlich 4679, weiblich 928. Offene Stellen waren noch vorhanden: männlich 110, weiblich 123. Vermittlungen fanden während des Monats statt: männlich 354, weiblich 71.

Grünberg

Die Freie Schulbewegung.

Am Sonntag, dem 7. April d. J., 14 Uhr, fand im großen Schützenhaussaal eine öffentliche Protestversammlung statt, einberufen von der Freien Schulgesellschaft, Verband für Freidenkertum, Ortsausschuß des ADGB., der SPD. und KPD. Der Gesinnungsfreund Schneider-Grünberg von der Freien Schulgesellschaft führte in seinem Thema „Arbeiterschaft und Schulbewegung" ungefähr folgendes aus: Der Artikel 146 der Reichsverfassung soll der Elternschaft für ihre Kinder in der Schulfrage ihre Gesinnung gewährleisten, aber leider hat man in Grünberg seit drei Jahren gemerkt, daß dieser Artikel von der konfessionellen Schulbehörde hintertrieben wird. Die Elternschaft erhebt den schärfsten Protest gegen die deutschnationale Schuldeputation. Im Jahre 1928 war durch Regierungsbeschluß eine Sammelklasse des ersten Schuljahres genehmigt, aber durch die hiesige Schuldeputation abgelehnt worden, und so die Elternschaft ein halbes Jahr von der Schule ausgesperrt. Die Kinder gingen erst nach einem halben Jahr in die genehmigte Sammelklasse. Diesmal ist wieder dieselbe Komödie wegen der ersten vier Sammelklassen. — In der Diskussion sprachen die Freunde Parade, Sporn, Kosmider und Brand im Sinne des Referats. Zum Schlusse wurde eine Resolution gegen zwei Stimmen angenommen. Diese Resolution war leider sehr verwaschen. Der Schulkampf wird nicht durch pazifistische Resolutionen gewonnen werden, sondern durch den revolutionären Marxismus!

Generalversammlung des Sportkartells. Am Sonntag tagte in der „Eiche" die sehr gut besuchte Generalversammlung des Sportkartells. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß die Aktivität des Kartells besonders in werbender Hinsicht gestiegen ist. Auf Antrag wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Zu einer scharfen politischen Auseinandersetzung kam es bei dem Punkt Verfassungsfeier. Genosse Kleemann meinte in demagogischer Art, „Verfassung" habe mit der Republik nichts zu tun, und solange diese besteht, wird er sie feiern. Als ihm Genosse Laube entgegentrat, um seinen Blödsinn zu widerlegen, zog er es vor, für die Zeit zu kneifen. Genosse Laube erklärte, daß er mit seinem Verein an der **Verdummungsfeier** nicht teilnehmen wird. Der Vorsitzende gab bekannt, daß in diesem Jahre der Reichsarbeitersporttag am 16. Juni in Sawade stattfindet. Die Beitragserhöhung wurde infolge der schlechten Finanzlage der Vereine abgelehnt.

Roter Landsonntag. Trotz ungünstiger Witterung wurde der angesetzte Rote Landsonntag durchgeführt. In allen Dörfern zeigten die Arbeiter lebhafte Sympathie für die Rote Front. 400 Rot-Front- und Arbeiter-Zeitungen wurden verkauft.

Bunzlau

Berichtigung. Zu dem in Nummer 7 unserer Zeitung veröffentlichten Artikel „Landarbeiterlos" geht uns unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Berichtigung zu:

1. Unrichtig ist, daß die Frau des Melkers infolge zu schwerer Arbeit eine Frühgeburt hatte.
   Richtig ist, daß ihr lange vorher die schwerere Arbeit abgenommen worden ist.
2. Unwahr ist die Behauptung, ich hätte das Tor geschlossen, um die Ueberführung ins Krankenhaus zu verhindern.
   Richtig ist, daß der Melker selbst den Schlüssel zum Tor bei sich hatte.
3. Auf der Krankenkasse habe ich mit niemand auch nur ein Wort über die Hebamme gesprochen.

v. Holleben, Gutsbesitzer, Bunzlau, Hüttenstraße.

Wir haben uns mit unserem Berichterstatter in Verbindung gesetzt und werden gegebenenfalls auf diese Berichtigung noch zurückkommen.

Aus dem Riesengebirge

Lähn. Beim Spielen wollte das achtjährige Töchterchen der Frau Rakisch ein Loch in ein Brettchen machen. Es verwandte hierzu eine Schere, die abglitt und dem Kind ins Herz drang, so daß es keinen schweren Verletzungen erlag.

Oberschlesien

Sturm im Beuthener Stadtparlament

Die kommunistische Fraktion erzwingt die öffentliche Behandlung der Erwerbslosenanträge

Nach Eröffnung der Sitzung teilt der Zentrumsstadtverordnetenvorsteher mit, daß die Beamtenfragen sowie die Erwerbslosenanträge aus „Zweckmäßigkeitsgründen" in geheimer Sitzung behandelt werden sollen. Die kommunistische Fraktion erhob gegen ein derartiges Verfahren zunächst schärfsten Protest und verlangte die Verhandlung, besonders der Angestelltenfragen, in öffentlicher Sitzung, da die Steuerzahler ein Interesse daran haben, zu erfahren, in welch großzügiger Art und Weise mit den Steuergeldern bei der Anstellung sogenannter höherer städtischer Beamten und bei der Festsetzung von Pensionen gewirtschaftet wird. Schon bei diesen Auseinandersetzungen zwischen dem Stadtverordnetenvorsteher und der kommunistischen Fraktion bemächtigte sich der im Zuhörerraum Befindlichen eine vollauf berechtigte Erregung, die sich noch steigerte, als der Stadtverordnetenvorsteher nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte die Sitzung schloß und die Zuhörer zum Verlassen des Sitzungssaales aufforderte. Rufe der Verachtung gegen dieses bürgerliche Parlament und Verwünschungen gegen die satten bürgerlichen Stadtparlamentarier wurden beim Verlassen des Sitzungssaales laut und in den Fluren ertönten Rufe:

„Wir haben Hunger!"

Der Stadtverordnetenvorsteher saß auf seinem wackelnden Zentrumsthron ängstlich und zusammengeknickt da, die Magistratsmitglieder verbargen ihre Angst hinter einem verlegenen Lächeln und den satten Spießern im Stadtparlament schlitterten ängstlich die Hosen vor den kommenden Ereignissen. Selbst der dicke und volle Bretzeleingenieur Beßler bekam es mit der Angst zu tun. Wahrscheinlich fürchtete er, daß er in Zukunft seine Bretzeln und Semmeln wird allein essen müssen.

Als der letzte Zuhörer den Saal verlassen hatte, ordnete der vor Angst aus dem Häuschen geratene Stadtverordnetenvorsteher an, die Eingangstür zum Saal zu verschließen. Erst auf den energischen Protest der kommunistischen Fraktion mußte sich der Stadtverordnetenvorsteher dazu bequemen, die Saaltür wieder aufschließen zu lassen. Glaubt denn dieser kleine Mussolini Zawadzki allen Ernstes, die kommunistische Fraktion schon langsam an das Leben hinter Zuchthausmauern gewöhnen zu müssen? Nur gemach, Mussolini Zawadzki! Die russische Revolution hat gelehrt, daß Zuchthäuser nicht nur revolutionäre Arbeiter beherbergen können, sondern daß sie sich auch zur Aufnahme gestürzter Bourgeois und kapitalistischer Hyänen sehr gut eignen. Unter dem Druck der kommunistischen Fraktion und der im Flur harrenden Sozialrentner und Erwerbslosen mußte die Oeffentlichkeit wieder hergestellt werden. Daß auch die Sozialdemokraten gegen die Behandlung der Erwerbslosenanträge in öffentlicher Sitzung gestimmt haben, um zu verhindern, daß ihre, gegen die Sozialrentner und Erwerbslosen gerichteten Ausführungen nicht an die Oeffentlichkeit gelangen, gehört zu ihrer Praxis. So sieht das wahre Gesicht der Sozialdemokratie in Wirklichkeit aus. Gummiknüppel und blaue Bohnen statt Brot. Der Sozialdemokrat Broll gefiel sich darin, die angebliche russische Erwerbslosigkeit und die Behandlung der Erwerbslosen im Sowjetstaat zu kritisieren und herabzusetzen. Er hat nur vergessen, zu erwähnen, daß die Erwerbslosenfürsorge im Sowjetstaat eine ausreichende ist. Es gibt heute keinen Fall in Sowjetrußland, daß ein Erwerbsloser mittellos auf der Straße liegt.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland kümmert sich um die Erwerbslosen nicht. Sie stimmt im Reichstage gegen ihre eigenen Erwerbslosenanträge, weil es die Trustgewaltigen „wünschen". Sie tut das im Interesse der Koalition mit den kapitalistischen Parteien. Auch die sozialdemokratische Tante Solloch mit ihrer roten Krawatte mit schwarzrotgoldener Gösch gebärdete sich bei der Beratung über die Kinderspeisung wie ein Elefant im Porzellanladen und schimpfte auf die soziale Lage der Arbeiter in Sowjetrußland. Wir wollen die wütende Tante Solloch nur darauf aufmerksam machen, daß sie es gewesen ist, die eine Frau P. mit acht Kindern, die jahrelang die Garderobe im Volkshaus innehatte, auf die Straße setzte und an deren Stelle eine gute Freundin nahm, die diesen Nebenerwerb nicht braucht. So löst die Sozialdemokratie die soziale Frage innerhalb ihrer Partei.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit wurde in die Beratung der kommunistischen Anträge eingetreten. Der kommunistische Antrag betreffend unentgeltliche Bereitstellung eines größeren Raumes zur Abhaltung von Erwerbslosenversammlungen wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Eine entsprechende Zusage des Magistrats liegt bereits vor. Desgleichen wurde der kommunistische Antrag auf Zurückziehung sämtlicher Räumungsklagen dem Magistrat überwiesen, welcher in Gemeinschaft mit der Kommission zur Nachprüfung der Wohnungsmieten die Zurückziehung der Räumungsklagen zum Abschluß bringen soll. Die weiteren kommunistischen Anträge betreffend Verabfolgung von Milch an Kinder von Erwerbslosen und Einrichtung von Küchen wurden dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Die Zahlung einer Osterbeihilfe soll in dem Rahmen erfolgen wie zu Weihnachten. Alsdann wurde in geheimer Sitzung über Beamtenfragen verhandelt, denn die Oeffentlichkeit soll nicht erfahren, **daß der Leiter des verstaubten und vollkommen überflüssigen und wertlosen Altertumsmuseums nach Gruppe 2d mit zirka 10 000 Mark Gehalt bezahlt wird und die Pensionsbezüge eines Beamten 7500 Mark betragen.** Sehr interessant und lehrreich war die Mitteilung, daß der Magistrat dem „Verein gegen Mißbrauch alkoholischer Getränke" das Pachtverhältnis der beiden Milchhäuschen im Stadtpark aufgekündigt hat. Sind die beiden Milchhäuschen im Stadtpark den satten Spießbürgern im Wege oder befürchtet man, daß die Dividende der Aktionäre der Schnapsbrennereien und Bierbrauereien eine Einbuße erleidet?

Des weiteren legten die Flüchtlinge und Verdrängten Protest ein gegen die unhaltbaren Zustände in den Baracken. Es müssen ja recht nette Zustände in den verwanzten und verlausten Baracken herrschen, wenn die durch das Barackenelend zermürbten Flüchtlinge zu dem Mittel des Protestes greifen. Doch, ihr Flüchtlinge, ihr Erwerbslosen und Sozialrentner, Arbeiter, Angestellte, Kleinkaufleute und Handwerker! Eure papierenen Proteste sind wertlos und vollkommen zwecklos, denn euer Protest wird eine Aenderung eurer scheußlichen Lage nicht herbeiführen. Ihr müßt die Gestaltung eurer Geschicke selbst in die Hand nehmen, und das könnt ihr nur dadurch erreichen, wenn ihr das Bürgerpack zum Teufel jagt und in den kommenden Wahlen zum Stadtparlament eure Stimmen der Kommunistischen Partei gebt. **Die Kommunistische Partei ist einzig und allein die Vertreterin aller Werktätigen und der Unterdrückten.**

Polizeiterror gegen Kleinbauern

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Der Polizeiterror auf dem Lande hat größeren Umfang angenommen. Der folgende Fall zeigt, wie Kleinbauern von Landjägern behandelt werden: Der Genosse Platzek aus Botzanowitz hatte am 2. April beim Gastwirt Zierpiel den Saal zu einer öffentlichen Kleinbauernversammlung bestellt. Landjäger Stiller, der sich in der Gastwirtschaft aufhielt, zog wie ein Spitzbube dem Genossen die Versammlungsplakate aus der Tasche, warf sie auf die Erde und trampelte mit den Stiefeln auf ihnen herum. Genosse P. wies hin, daß die Plakate nicht sein Eigentum wären und das Benehmen des Landjägers sondergleichen sei. Darauf gab der Landjäger zur Antwort: **„Wenn ich so könnte, dann möchte ich eins auf die Fresse hauen."** Dann schimpfte dieser „saubere" Beamte gegen die verfluchten Kommunisten.

Am anderen Tage stellte der Kleinbauer Pownug den Landjäger dieserhalb zur Rede. Anwesend waren noch drei andere Landjäger aus Borek. Der eine Beamte faßte den Kleinbauern P. am Halse und brachte ihm hierbei Verletzungen bei. Die Landjäger sollen nicht im nüchternen Zustande gewesen sein.

Man versucht mit allen Mitteln, den Kleinbauern und der Dorfarmut die Versammlungsfreiheit zu nehmen. Selbst der Pfarrer ist drauf und dran, die Leute durch individuelle Bearbeitung von der Teilnahme an der Kampfbewegung abzuhalten. Die richtige Antwort erteilten die Kleinbauern dadurch, daß sie trotzdem zahlreich an der öffentlichen Versammlung teilnahmen und sich zur Organisation bekannten und gelobten, mit den Arbeitern gemeinsam zu kämpfen bis zur Befreiung aller Werktätigen vom kapitalistischen Joch.

Gleiwitz

Bezirksleitungssitzung

Sonnabend, den 13. April, 14 Uhr, findet in Gleiwitz, Lokal Kutsche, Welzekstraße, eine Sitzung der Gesamtbezirksleitung statt. Das Erscheinen aller BL.-Mitglieder ist durchaus notwendig.

Achtung! Opfer des Krieges und der Arbeit!

Am Sonnabend, dem 13. April, um 19 Uhr, spricht im „Feldschlößchen" in Petersdorf der Gauleiter Heiden-Görlitz vom Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Erscheint restlos zu dieser Versammlung. Der Vorstand.

Soziale Fürsorge.

Die Zahlung der Zusatzrenten für Kriegsopfer sowie Sozialrentner für den Monat April 1929 für die Stadt Gleiwitz sowie die Stadtteile Ellguth-Zabrze, Richtersdorf und Zernik findet wie folgt statt: Montag, den 15. April, von 8—12 Uhr, für die Kriegerwitwen und -waisen, Montag, den 15. April, von 12—15 Uhr für Kriegsbeschädigte und Kriegereltern, Donnerstag, den 18. April, von 8—12 Uhr für Sozialrentner (Invaliden), Donnerstag, den 18. April, von 12—15 Uhr, für Sozialrentner (Witwen und Waisen). Die Zahlungen finden im hiesigen Stadttheater, Wilhelmstraße 28, statt. — Für Kriegsopfer, Klein- und Sozialrentner des Stadtteils Sosnitza im dortigen Amtsgebäude, Donnerstag, den 18. April, von 15,30—17,30 Uhr. Pünktliche Abholung ist unbedingt erforderlich. Zahlungen erfolgen nur bei Vorlage der Ausweise.

Hindenburg

Opfer der Arbeit und des Krieges formiert die Kampffront

Die Sozialversicherung steht heute im Zeichen des Kampfes. Seit Jahren ist der herrschenden Klasse die Sozialgesetzgebung ein Dorn im Auge, und sie versucht mit allen radikalen Mitteln den dringend notwendigen Ausbau derselben zu verhindern und das seither Bestehende aufzuheben. Die durch dieses Vorgehen der herrschenden Klasse freiwerdenden Millionen werden nicht zur Linderung der Sozialnot unter den Opfern des Krieges und seiner Folgen sowie der Arbeit und Ausbeutung verwendet, sondern „für Kriegsrüstungen, für Panzerkreuzerbau, für Tribute an die internationale kapitalistische Bourgeoisie" verwendet. Nicht nur diese Klasse will das Proletariat aushungern, sondern auch die „Herren Gewerkschaftsführer" unter Führung des ADGB. treiben Verräterpolitik an den armen Sozialrentnern. So haben die besagten Gewerkschaftsführer gegen die Herabsetzung der Altersgrenze auf 50 Jahre, ja sogar gegen eine Herabsetzung auf 60 Jahre und gegen eine Erhöhung der Invalidenrenten gestimmt. Aus dieser verräterischen Einstellung hat der arme Sozialrentner seine Schlüsse zu ziehen.

Es kann also nicht mehr so weiter gehen, daß arme Sozialrentner in solchen Verbänden, die unter dem Deckmantel der Sozialpolitik Verräterdienste betreiben, noch weiter verbleiben, denn durch diese Mitgliedschaft in solchen bürgerlichen Verbänden unterstützen die Proletarier und die Opfer des Krieges und der Arbeit nur die kapitalistische Klasse in der Unterdrückung. Deshalb heraus aus den bürgerlichen Verbänden, die ihre Mitglieder nur verraten.

Zu dem Zweck findet in Hindenburg O.-S. im Saale bei Pietzka am 14. April um 2,30 Uhr nachmittags eine öffentliche Versammlung für die Opfer des Krieges und der Arbeit (Kriegsbeschädigte, Invaliden, Hinterbliebene usw.) statt. Deshalb ergeht an alle Opfer aus Hindenburg O.-S. der Appell, zu der Versammlung zu erscheinen.

Miechowitz

Wohlfahrtskommissionssitzung

Es soll alles in bester Ordnung sein?

In der letzten Wohlfahrtskommissionssitzung, die am Montag, dem 8. März stattfand, wurde auch über die

Madaiski-Affäre

verhandelt. Die von unserem Gemeindevertreter Kaczmarczyk geforderte öffentliche Gemeindevertretersitzung wurde gegen die Stimmen der gesamten bürgerlichen Meute abgelehnt. Gemeindevertreter Skoruppa (Mieterschutz) stimmte sogar dagegen! Es erweckt den Anschein, als wenn die gesamte Gemeindeverwaltung in diese Sache hineingezogen würde. Anders kann man sich die Angst vor der Prüfungskommission und der proletarischen Oeffentlichkeit nicht erklären.

Philipp Madaiski hat schon zugegeben, daß sich die Kartoffeln in seinem Keller befinden. Die bürgerlichen Gemeindevertreter fanden es ganz in der Ordnung, daß Madaiski Gemeindekartoffeln in seinem Privatkeller hält. Nach oberflächlicher Prüfung überzeugten sich unsere „weißen" Gemeindevertreter auch noch, daß die Bücher ebenfalls in Ordnung seien. Die Herren, die keinen blauen Dunst von Buchführung haben, wollen imstande sein, Verwaltungsbücher zu prüfen. Dem Wohlfahrtsminister ist es sehr heiß geworden, nachdem Genosse Kaczmarczyk von ihm Einsicht in die Bücher verlangte. Er (Kalus) riß unserem Genossen die in Frage kommenden Bücher aus der Hand. Schöffe Madaiski erlaubte sich, gegen die Aufdecker seiner Schiebungen gemein zu werden. Er sagte etwa folgendes: „Den Kerlen müßte man paare in die Fresse hauen!" Von einem M. kann man wirklich Höflichkeit nicht verlangen.

Genosse Panhirsch hat gegen Madaiski Strafantrag beim Staatsanwalt gestellt und zugleich angedeutet, daß die Ermittelung auswärtigen Kriminalbeamten übergeben wird.

Die Arbeiter und Kleingewerbetreibenden müssen gegen das Beeinflussungsmanöver der Gemeindevertreter energisch protestieren.

Ratibor

Protestkundgebung gegen den sozialfaschistischen Regierungskurs

Gegen das drohende Verbot der KPD. und des RFB. hatte die Ortsgruppe Ratibor am Dienstag, dem 9. März, die Ratiborer Arbeiterschaft abends 7 Uhr zu einer Protestkundgebung auf dem Ring aufgerufen. Die von ungefähr 800 Personen besuchte Kundgebung wurde vom Genossen König mit einem Appell, alle Kräfte der Werktätigen zur Abwehr des Verbots und für die Demonstration am 1. Mai zu mobilisieren, eröffnet. Der als Referent erschienene Landtagsabgeordnete Tunkel beleuchtete in längeren Ausführungen die Hintergründe der Verbotspolitik des sozialfaschistischen Polizeiministers Grzesinski und der Politik des deutschen Trustkapitals. Die Ausführungen des Genossen Tunkel fanden durch fast einstimmige Annahme folgender Resolution die Zustimmung der Anwesenden:

„Die heute auf dem Ringe in Ratibor versammelten Arbeiter bringen durch Zustimmung der folgenden Resolution zum Ausdruck, daß die Elendslage der Arbeiterschaft immer größer wird. Die Koalitionsregierung, als das treue ausführende Organ der Kapitalisten, führt den unerbittlichen Kampf gegen die Arbeiterklasse.

Durch das Verbot der KPD. und der übrigen revolutionären Organisationen durch den SPD.-Polizeiminister Grzesinski soll die revolutionäre Bewegung zerschlagen werden. Der Arbeiterschaft soll die Straße am 1. Mai gesperrt werden, es sollen die Maidemonstrationen verboten werden — an dem Kampftage des Weltproletariats, wo die Arbeiter erneut den Kampf ansagen dem kapitalistischen System!

Gegen den imperialistischen Krieg und den Faschismus!

Für den Schutz der Sowjetunion, den Achtstundentag, für ausreichende Löhne, für Brot und Arbeit, für den endgültigen Befreiungskampf des Proletariats.

Die Arbeiter von Ratibor fordern am 1. Mai allgemeine Arbeitsruhe in allen Betrieben und werden geschlossen demonstrieren für ihre proletarischen Forderungen!"

Mit der Aufforderung, sich geschlossen und einmütig an der Kampfdemonstration am 1. Mai zu beteiligen und sich einzureihen in die rote Klassenfront als beste Antwort gegen das drohende Verbot, wurde die von guter Stimmung getragene Kundgebung vom Genossen König geschlossen.

Federkrieg und Konkurrenzkampf „Tribüne" kontra „Freiheit"

Seit Monaten führen die ehemaligen Kumpane der „Tribüne" und „Freiheit" in ihren Wochenblättchen, die sich zum Teil von Sensationen nähren, einen Federkrieg. Uns interessieren weniger die Federhelden, die zeitweise leider in der Arbeiterschaft eine unrühmliche Rolle spielten und für dieselbe seit Jahren erledigt sind, als die Tatsache, mit solchen Polemiken den niedergehenden Leserkreis dieser Blätter aufzufrischen. Figuren wie Gruschwitz waren durch ihre zweifelhaften Manipulationen schon längst in der Arbeiterschaft erkannt und erledigt, wo die sich jetzt bekriegenden Federhelden noch in trauter Gemeinschaft gemeinsam die „Tribüne" bearbeiteten und die revolutionäre Arbeiterschaft, besonders die KPD., mit Schmutz bewarfen. Nachdem diese traute Gemeinschaft vor längerer Zeit teilweise aus geschäftlichen Gründen und der damit verbundenen Herausgabe der „Freiheit"-Krachen ging, liegen sie sich nun gegenseitig in den Haaren. Gruschwitz, der von der „Freiheit" gekennzeichnete Polizeispitzel und Provokateur, hat nun seinen früheren Mitarbeitern und Freunden den „Kampf" angesagt. Wer von diesen beiden den Kürzeren zieht, ist der Arbeiterschaft gleichgültig. Wir schlagen vor, diesen Kampf der beiden Konkurrenten in Form eines Boxkampfes auf dem Holzmarkt auszutragen.

Oppeln

Die Tütenverteilung bei den Abc-Schützen

Gewöhnlich sagt man, es ist nicht richtig, wenn die Kommunisten schon den Kindern politische Instruktion erteilen und diese jungen Seelen mit Politik vergiften. Daß solche Aussprüche albernes Geschwätz sind, müssen die Kinder selbst allzufrüh erfahren, denn sie sehen schon, wenn sie in die Schule eintreten, daß es doch zwei Klassen, Reiche und Arme, gibt. Am Anfang dieser Woche hatten die neu eingetretenen Kinder die erste Schule. Die alte Unsitte mit den Tüten belehrt die kleinen Abc-Schützen, daß, wer reiche Eltern hat, eine große und schwere Tüte empfängt, und dort, wo der Vater schon seit langer Zeit arbeitslos ist oder gar unter der Erde liegt, es keine Tüte, höchstens eine halbvertrocknete Apfelsine gibt. Wir finden es sehr vernünftig, wenn die Lehrer das Ansinnen, daß sie den Kindern die Tüten übergeben sollen, so wie das geschehen ist, ablehnen. Mit Recht muß dann bei den Kindern der Eindruck entstehen, daß die Kinder, welche begüterte Eltern haben, schon vom ersten Tage an bevorzugt werden.

Fortgeschrittene Eltern sollten diesen Unfug nicht mitmachen, sie können auch auf andere Art und Weise ihren Kindern eine besondere Freude machen.

Unter dem Verdacht der Hehlerei

Unter dem Verdacht der Hehlerei wurde vor etwa einem halben Jahre der Anstreicher Makolczyk verhaftet. Dieser Tage verurteilte ihn das Oppelner Schöffengericht zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, obwohl ihm eine Beteiligung an den Kircheneinbrüchen nicht nachgewiesen werden konnte, sondern er sich lediglich wegen Besitzes einiger Gold- und Silberstücke, über deren Wert er sich erkundigen wollte, belastet wurde. Hertel und Sotka, die zum Teil wegen Einbrüchen in Untersuchungshaft sitzen, belasteten M. in keiner Weise.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Neustadt. Sonnabend 19 Uhr Versammlung des Kommunistischen Jugendverbandes im Lokal Hoppe.

Neustadt. Sonntag 10 Uhr Theaterprobe beim Genossen Simon.

Sonstige Organisationen

Gleiwitz. Freidenker. Sonnabend, den 13. April, um 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Einsiedelstraße, Mitgliederversammlung mit Neuwahl. Gäste willkommen.

Bücher und Zeitschriften

Soeben erschien das Buch: „Vom weißen Kreuz zur roten Fahne", von Max Hoelz. Es enthält Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse. 409 Seiten stark, zahlreiche Bilder. Preis kartoniert 2,80 Mk., in Leinen 4,80 Mark.

Proletarische Literaturvertriebsstelle Oberschlesiens.
Artur Wyschla, Hindenburg OS., Scheerplatz 12.

Bauunternehmer bestätigen den Verrat

Der Abschluß des neuen Reichstarifvertrages für das Baugewerbe wird von der Bürokratie der baugewerblichen Verbände als ein „Erfolg" für die Bauarbeiter gepriesen. In allen Bezirken sind die Verhandlungen über die Bezirkstarife und die Lohnverhandlungen im vollen Gange. Die Unternehmer sind drauf und dran, noch über den Reichstarifvertrag hinaus weitere Verschlechterungen für die Bauarbeiterschaft vorzunehmen. Die Generallinie der Unternehmer ist die Beseitigung des Achtstundentages, Abbau der Löhne für ungelernte Arbeiter und Festlegung der bestehenden Hungerlöhne auf ein weiteres Jahr.

In Nummer 14 der Zeitschrift des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, „Das Baugewerbe", bestätigen die Unternehmer den ungeheuren Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer an den Forderungen der Bauarbeiterschaft, indem sie folgendes über den Abschluß des Reichstarifvertrages sagen:

„Das ist der Sinn des Abschlusses des neuen Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten und der Zweck, den die Arbeitgeber mit ihm verfolgen. Die Sicherung des Arbeitsfriedens, d. h. die Fernhaltung jeder aus der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingung erwachsenden Störung der Bautätigkeit durch Streiks der Arbeiter und als deren Folge durch Aussperrungen der Arbeitgeber. Das kann nicht oft und nicht eindringlich genug betont werden, daß dieser durch den Ausschluß der sogenannten „Handlungsfreiheit" der Arbeiter und Arbeitgeber vom Arbeitskampf gekennzeichnete Arbeitsfriede das erstrebte Ziel ist, für das die Arbeitgeberverbände den Preis des Reichstarifvertrages mit seinen weitgehenden und zum Teil über ein tragbares Maß hinauszielenden sozialen Bestimmungen zu zahlen für notwendig gehalten haben. Würden die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes nicht von der Erkenntnis der zwingenden Notwendigkeit des Arbeitsfriedens für die deutsche Bauwirtschaft geleitet, so würden sie schwerlich dem neuen Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten ihrer Zustimmung erteilt haben. Nur von diesem Gesichtspunkte aus ist es zu verstehen, daß die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes wiederum darauf verzichtet haben, die Arbeitszeit dem Saisoncharakter des Baugewerbes anzupassen. (2400 Arbeitsstunden im Jahre. Die Red.)

Nur unter dem Gesichtspunkte der Sicherung des Arbeitsfriedens ist es ferner zu verstehen, daß die Arbeitgeber unter dem Verlangen der Gewerkschaften nachgegeben haben, die im Baugewerbe ohnehin schon unverständlichen Ferienbestimmungen noch zu erweitern. Die Arbeitgeberverbände haben den Ferienbestimmungen des neuen Reichstarifvertrages wenigstens insofern einen Sinn beizulegen versucht, als sie die Feriengewährung im wesentlichen auf Stammarbeiter zu beschränken gewußt haben.

. . . Wenn es ferner gelungen ist, lebhaft angegriffene Vertragsinhalte, wie die endgültige und bindende Regelung der Löhne durch die Tarifinstanzen, wie die Beton- und Tiefbauklausel, die die 17prozentige Lohnspanne zwischen Facharbeitern und Bauhilfsarbeitern, die Vollarbeitergrenze von 19 Jahren u. a. m. zu erhalten sowie die Erweiterungsanträge zum Arbeitsnachweiswesen, zur Vergütung nicht geleisteter Arbeitszeit, zum Lehrlingswesen und zur Betriebsvertretung usw. abzuschlagen, wenn es den Arbeitgebern schließlich gelungen ist, auch einige Verbesserungen des Vertragsinhaltes zu erreichen, worunter die Regelung der Ueberstunden und der Nachtarbeit, die Durchsetzung der Akkordarbeit, die einjährige Dauer der Löhne, die Streichung der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen für Lehrlinge und die Haftungsbegrenzung des Arbeitgebers genannt seien, so darf ohne Scheu gesagt werden, daß der Preis, den die Arbeitgeberverbände für die Sicherung des Arbeitsfriedens auf den Bau- und Arbeitsstellen für zwei Jahre gezahlt haben, letzten Endes doch noch tragbar erscheint."

Die Bauarbeiter sind gewarnt. Offen und brutal geht das Unternehmertum auf breiter Front zur Offensive über, um die Arbeiterschaft des Baugewerbes noch unter das Vorkriegsniveau herabzudrücken. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer können keine andere Politik treiben als ihre Ministergenossen in der Koalitionsregierung, sie können keinen Kampf zur Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne führen. Die Ausführungen der Unternehmer zeigen den ungeheuerlichen Verrat der reformistischen Verbandsbürokratie beim Abschluß des neuen Reichstarifvertrages an der Bauarbeiterschaft in aller Deutlichkeit.

Kollegen, Bauarbeiter, laßt eure Forderungen nicht durch eine Clique verbürgerlichter Bürokraten verschachern! Jetzt gilt es, auf jeder Baustelle eure Kampfleitungen zu wählen, mit denen ihr in jedem Ort, in jedem Bezirk die Führung der Lohnbewegungen den Händen der Reformisten entreißt!

Genosse, hast du schon
bei Deinem Kassierer
Reichsgewerkschaftsmarken gekauft?
Letzter Termin 25. April

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 13. 4. bis Sonnabend, den 20. 4.
täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Rivalen
Schauspiel von Anderson und Stallings; frei bearbeit. von Carl Zuckmayer
◇
Sonntag, 14. 4., 15.30 Uhr
Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 13. 4. bis Donnerstag, den 18. 4.
täglich 20.15 Uhr
Dreimal Hochzeit
Schwank von Anne Nichols
Freitag, 19. 4. und Sonnabend, 20. 4., 20.15 Uhr
Ensemble-Gastspiel des „Kleinen Theaters", Berlin
Der Dickkopf
Lustspiel
von Friedmann-Frederich
Sonntag, 14. 4., 15.30 Uhr
Dreimal Hochzeit

Schauspielhaus
Operettenbühne Tel. 36300
4. Gruppe volkstümlicher Operetten-Vorstellungen:
(Parkett 2.50 Mk. usw.)
Freitag, den 12. April, 20 Uhr
Gräfin Mariza
Sonnabend, den 13. April, 20 Uhr
Der Zarewitsch
Sonntag, 14. April, 15½ (nachm. 3½) Uhr
Die Försterchristel
Sonntag, den 14. April, 20 Uhr
Die Herzogin von Chicago
Montag, den 15. April, 20 Uhr
Der Rastelbinder
Dienstag, den 16. April, 20 Uhr
Drei arme kleine Mädels

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Freitag, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 16
Fürst Igor
Sonnabend, 20 Uhr
Schwanda, der Dudelsackpfeifer
Sonntag, 15.30 Uhr
Einmalige Nachmittags-Aufführung zu ermäßigten Preisen (Gr. 2)
Cavalleria rusticana
hierauf
Der Bajazzo
Sonntag, 20 Uhr
Die verkaufte Braut

Stadtgraben-Lichtspiele
6'schichten aus dem Wiener Wald
und das große Beiprogramm

Juma-Lichtspiele am Neumarkt
Rache für Eddy mit Eddy Polo
Susannes erstes Abenteuer mit Colleen Moore

Alois Henschel & Co.
Milchgroßhandlung u. Molkereiprodukte
Breslau, Brunnenstr. 34 u. Tauentzienplatz 6
Filiale: Siedlung Pöpelwitz, Klodnitzstraße
Telephon 589 64

Sie verdienen täglich
10 Mark mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter, Roßhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 18
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Jüngeren, perfekten
Buchhalter(in)
sucht
Schlesische Verlagsgesellschaft GmbH.
Verlag der „Arbeiter-Zeitung"
Breslau 10, Schließfach 31

Extra-Angebot
Prima Bratgänse . Pfd. nur 0.99 Mk.
Große halbe Bratgänse von 2.80 Mk. an
Viertel Bratgänse . . „ 1.— „ „
Frische Zickel in jeder Größe Pfd. nur 0.75 Mk.
Prima junges Ziegenfleisch Pfd. nur 0.70 Mk.
Ia Tafelbutter . ½ „ „ 0.95 „
Trink-Eier . . Stück „ 0.10 „
L. Niebel
Breslau
Fränkelplatz 7 und Herzogstr. 34

Nähmaschinen
Anker / Adler / Dürkopp / Kayser
Knopfloch- und Vielen-Maschinen für Schneider und Schuhmacher
Fahrräder, Sprechapparate
Reparatur-Werkstatt
Georg Greulich
Breslau, nur Hummerei 20 u. 52
Kleine Anzahlung
wöchentliche Abzahlung 2.50 Mark.

Schaefer-Einreibung
berühmt und bewährt bei Rheumatismus und Nervenschmerz, wird nach einem alten Original-Rezept in meinem Laboratorium hergestellt in Flaschen zu 0.50, 0.90, 1.90 M. Helen.-Apoth. Münsterberg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch . .	Pfd.	0.90—1.20
Schweinsschnitzel . .	„	1.50
Schweins-Kotelett . .	„	1.40
Rindfleisch o. Knoch.	Pfd.	1.10—1.30
Suppenfleisch . . .	„	0.80—1.00
Kalbfleisch m. Knoch.	„	1.10—1.30
Kalbfleisch o. Knoch.	„	1.30—1.60
Räucherfleisch . .	„	1.40
Pökelfleisch . . .	„	1.20—1.30
Frische Schweinsköpfe . .	Pfd.	0.40
Frischer Speck (deutsch) . .		1.10
Ausgebr. Schweinefett (deutsch)	„	1.00
Gulaschfleisch . .	Pfd.	von 0.80 an
Gehacktes . . .	„	von 0.70 an
Lungenfett	„	0.85
Gepökelte Eisbeine . . .	„	1.00
Räucherspeck (deutsch) . .	Pfd.	1.20
Gekochter Schinken . .	¼ „	0.60
Roher Schinken . . .	¼ Pfd.	0.60
Lachsschinken	¼ Pfd.	0.65
Preßkopf, Mortadella . .	¼ „	0.30
Metwurst	¼ „	0.30
Braunschweiger . .	¼ Pfd.	0.30—0.40
Leberwurst . . .	¼ Pfd.	0.15—0.40
Preßwurst	„	0.15—0.30
Polnische	Pfd.	0.80—1.00
Knoblauchwurst . .	Pfd.	0.60—0.80
Feinster Aufschnitt . .	¼ Pfd.	0.45
Geräuchert. Brotwurst	Paar	0.20—0.30

sowie alle anderen Fleisch- u. Wurstwaren zu billigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Moltkestraße 13 / Fernspr. 25 669

Dr. Zinssers Gicht- u. Rheumatismus-Tee hat sich seit 30 Jahren vorzüglich bewährt. Ueber 20 000 Anerkennungen. Paket M. 1.80 u. 2.50 in fast allen Apotheken. Dr. Zinsser & Co., Leipzig 832

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenauflagen
prompt und preiswert
PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 50

Inserate
haben in unserer Zeitung
guten Erfolg

Schuh-
waren
kaufen Sie gut und
preiswert
bei
J. Koschany
Liegnitz
Haynauer Straße 8

Rind- u. Schweineschlächterei
Ernst Heide
Breslau, Markthalle Ritterplatz
Stand 27/28

Amtliche Bekanntmachung von Weißstein

Die Auszahlung der Sozial- u. Kleinrentnerunterstützung erfolgt für die Stammgemeinde Weißstein sowie für den Ortsteil Neu-Salzbrunn am

Dienstag, dem 16. April 1929 vormittags 9—11 Uhr

in der hiesigen Gemeindehauptkasse.

Weißstein, den 11. April 1929

Der Gemeindevorsteher
Hertwig

Amtliche Bekanntmachung von Dittersbach

Die Auszahlung von
Hilfsbedürftigenunterstützung
Sozial- und Kleinrente
erfolgt am Sonnabend, dem 13. April 1929 nachmittags von 2—4 Uhr in der Gemeindehauptkasse (Zimmer Nr. 1).

Dittersbach, den 11. April 1929

Der Gemeindevorsteher
Roeßler.

Fleisch- und Wurstwaren
Otto Radtke
Schweidnitz / Frühstückstube

Gartengeräte und Werkzeuge aller Art
führt in großer Auswahl
Berthold Mager G.m.b.H.
Jauer

Franz Potstada Hirschberg Äußere Burgstr. 3
Rind-Fleisch- und Wurstwaren

Kolonialwaren, Zigarren und Zigaretten
Fritz Püschel
Hirschberg, Sechsstätte Nr. 10 a

Radio-
Anlagen und
Grammophone
in allen Preislagen
Streng reelle und fachmännische Bedienung
Kostenlose Vorführung
aller Apparate bereitwilligst in den Geschäftsräumen der
Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H.
SIREMIEN
Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

Amtliche Bekanntmachung von Weißstein

Betrifft: Schließung der evangelischen Oberschule am Marktplatz.

Auf Grund des § 12 der Anweisung des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 22. 9. 1927 schließe ich hierdurch nach Anhörung des Kreisarztes die Schule bis auf weiteres.

Der Wiederbeginn d. Unterrichts wird an gleicher Stelle bekanntgemacht

Ansorge, Rektor

Mit Rücksicht auf die vorstehend angegebene Schließung der Schule fällt der Unterricht der Bergmännischen Berufsschule bis auf weiteres aus.

Weißstein, den 11. April 1929

Der Vorsitzende des Berufsschulvorstandes der Bergmännischen Berufsschule
Hertwig

Die Butterpreise sind wieder stark steigend!
Dessenungeachtet lasse ich meinen als enorm billig anzusprechenden Butterpreis
das ganze Pfund nur Mk. 1.78
für Ia allerbeste Molkerei-Tafelbutter, Kernware, bestehen.

Gouda-Käse
in geradezu prachtvoller, ausgereifter Qualität, sehr zartweich und saftig, habe ich wieder große Posten herangekommen und verkaufe
das Pfund zu nur Mk. —.85
½ Laib zirka 8 Pfd., je Pfd. —.85
¹/₁ Laib zirka 16 Pfd. je Pfd. —.82
Diese Ware hält sich viele Wochen frisch.
Ein ganz aus dem Rahmen des Alltäglichen fallend. billiges Angebot!
Ich stelle zum Verkauf:
ca. 100 Zentner Delikateß-Kranzfeigen
das Pfd. nur 30 Pf., 5 Pfd. Mk. 1.40
10 Pfd. Mk. 2.75
Ebenso mache ich auf meine große Auswahl in
Backobst-Artikeln
aufmerksam.
Spezialität Mischobst
das Pfd. Mk. —.50, —.60, —.80 und 1.—
ca. 3000 Eimerchen à 2 Pfd.
Helvetia Zweifrucht-Marmelade
Zwetschen — Aepfel
der 2-Pfund-Eimer Mk. —.92
Röst-Kaffee
Auch heute und die folgenden Tage verabreiche ich wieder gratis Kostproben meiner
Spezial-Kaffee-Mischungen
Edel-Mischung das Pfd. Mk. 4.—
Karlsbader Mischung à la Café Pupp, Karlsbad das Pfd. Mk. 3.60
Wiener Mischung „ „ „ 3.20
Brasilianische Jubiläumsmarke I 3.—
„ „ II 2.70
„ Perl-Mischung 2.80
Max Schönfelder
Kaffee-Rösterei / Tee-Import
Waren-Versandhaus und Wein-Großhandlung
Breslau 1, Albrechtstraße 56